



# THÜRINGEN *GERECHT*

*WEIL ES IHRE ZUKUNFT IST!*

Wahlprogramm der FDP Thüringen für die  
Landtagswahl am 30. August 2009



## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Präambel</b> .....	<b>4</b>
1.1	Zukunft für Thüringen.....	5
1.2	Thüringengerecht.....	5
1.3	Herausforderungen in Thüringen.....	6
1.4	Zukunft für Thüringen.....	8
<b>2</b>	<b>Bildung</b> .....	<b>9</b>
2.1	Frühkindliche Bildung.....	10
2.2	Schulausbildung / Berufsausbildung.....	11
2.3	Berufsausbildung.....	12
2.4	Hochschulen.....	13
<b>3</b>	<b>Wirtschaft</b> .....	<b>15</b>
3.1	Mit der Sozialen Marktwirtschaft gegen die Krise.....	15
3.2	Wohlstand braucht Markt und Wettbewerb – Wettbewerb braucht Regeln.....	16
3.3	Wettbewerb braucht Regeln.....	16
3.4	Mittelstand und Wirtschaft in Thüringen.....	17
3.5	Wirtschaftsförderung mit klarem Auftrag und klaren Strukturen.....	18
3.6	Energiepolitik.....	19
3.7	Forschungs- und Technologiepolitik.....	20
3.8	Verkehrspolitik.....	21
3.9	Landwirtschaft, Forsten, Ländlicher Raum.....	23
3.10	Bau und Infrastruktur - Entwicklung unterstützen statt behindern.....	27
<b>4</b>	<b>Steuern, Finanzen und Haushalt</b> .....	<b>29</b>
4.1	Steuerpolitische Forderungen.....	29
4.2	Leistungsgerechtes Bürgergeld.....	29
4.3	Gerechte Steuer – verständliche Regeln und ein einfacher Stufentarif.....	31
4.4	Gerechte Steuern für Unternehmen.....	32
4.5	Mut zum zukunftsweisenden Umgang mit der Erbschaftsteuer.....	33
4.6	Konsequente Umstellung des Umsatzsteuersystems von Soll- auf Ist-Besteuerung.....	33
4.7	Generelle Überprüfung aller geltenden Umsatzsteuersätze und Ausnahmeregelungen.....	33
4.8	Haushaltskonsolidierung und Finanzverwaltung.....	34
<b>5</b>	<b>Kultur und Medien</b> .....	<b>38</b>
5.1	Kultur mit internationalem Anspruch.....	38
5.2	Denkmalschutz.....	39
5.3	Medien.....	40
<b>6</b>	<b>Gesundheit, Familie und Sozialpolitik</b> .....	<b>41</b>
6.1	Gesundheitspolitik für Thüringen.....	41
6.2	Wettbewerb und Wahlfreiheit für ein effizientes Gesundheitssystem.....	43
6.3	Thüringengerechte Gesundheitspolitik - Hilfe zur Selbsthilfe.....	44
6.4	Kinderlärm ist Zukunftsmusik – Thüringengerechte Familienpolitik.....	47
6.5	Gleichstellung.....	48
6.6	Förderung des Ehrenamts.....	48
6.7	Thüringengerechte Seniorenpolitik.....	49
<b>7</b>	<b>Kommunale Selbstverwaltung</b> .....	<b>51</b>
7.1	Für Thüringengerechte Kommunen.....	51
7.2	Freiwillige Feuerwehren.....	52
7.3	Kommunale Finanzen.....	53
<b>8</b>	<b>Umwelt- und Naturschutz</b> .....	<b>57</b>
<b>9</b>	<b>Staat, Verwaltung und Justiz</b> .....	<b>61</b>
9.1	Thüringengerechte Innenpolitik.....	61
9.2	Thüringengerechte Verwaltung.....	63
9.3	Effektiver Rechtsschutz durch eine starke und unabhängige Justiz.....	64

## 1 1 Präambel

2 Am 30. August 2009 wählen die Thüringerinnen und Thüringer einen neuen Landtag. Sie  
3 beurteilen mit ihrer Wahl nicht nur das bisherige Regierungshandeln. In erster Linie stellen sie 20  
4 Jahre nach der friedlichen Revolution die Weichen für die nächsten 20 Jahre, nicht nur für die  
5 nächste Landtagslegislatur, **Wie soll Thüringen in 20 Jahren aussehen. Darüber entscheiden**  
6 **die Thüringer Wählerinnen und Wähler am 30. August 2009.**

7 In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich Thüringen seit der Wiedervereinigung unseres  
8 Vaterlandes positiv entwickelt. Diese Entwicklung ist auch ein Verdienst liberaler Politikerinnen  
9 und Politiker – im Land, in den Kreisen und in den Städten und Dörfern. Insbesondere in den  
10 ersten Jahren nach der Neugründung des Landes wurden grundlegende Richtungsentscheidungen  
11 getroffen, die diese Jahre zu den erfolgreichsten der Thüringer Geschichte werden ließen und die  
12 bis heute nachwirken. An diese Erfolge liberaler Landespolitik wird die FDP Thüringen  
13 anknüpfen.

14 Wir erkennen aber, dass es noch zahlreiche Defizite, Probleme und Schwierigkeiten in Thüringen  
15 gibt. Politische Entscheidungen in den letzten Jahren wurden falsch oder gar nicht getroffen –  
16 Prioritäten falsch gesetzt.

17 Hier setzt die Landtagswahl 2009 an. Mit dieser Grundentscheidung wird die Richtung unseres  
18 Freistaates für die nächsten Jahrzehnte getroffen. Es geht nicht nur um eine Legislatur und deren  
19 Regierungszusammensetzung, es geht um die grundsätzliche Entwicklung unserer Heimat.  
20 Thüringen steht vor einer Zeit großer Herausforderungen. Die anhaltende Krise ist dabei nur der  
21 Ausgangspunkt. **Für Thüringen brechen in den nächsten Jahren die Fördergelder weg, der**  
22 **Landeshaushalt ist extrem konjunkturabhängig, der demographie- und**  
23 **abwanderungsbedingte Bevölkerungsschwund wirkt sich auf alle gesellschaftliche**  
24 **Bereiche aus.** Thüringen hat große Herausforderungen aber auch immense Chancen. Deshalb  
25 ist die Landtagswahl eine Richtungswahl für unsere Zukunft.

26 Die FDP steht für eine klare und zielorientierte Regierungspolitik, ohne Experimente, ohne  
27 Abenteuer und ohne undurchdachte Reförmchen. Wir Thüringer wollen stolz auf unser Land  
28 und die Leistungen seiner Menschen sein. Wir sind sicher, dass wir durch kluge und  
29 verantwortungsbewusste Regierungspolitik nicht nur die Wirtschafts- und die Abwanderungskrise  
30 beheben können, sondern Thüringen mit Blick auf die nächsten 20 Jahre zukunftssicher machen.  
31 Es gibt viele ungenutzte Potentiale in Thüringen. **Wir, die Liberalen, werden uns den**  
32 **Herausforderungen stellen, wir werden sie – gemeinsam mit den Bürgerinnen und**  
33 **Bürgern –anpacken.**

## 1.1 *Zukunft für Thüringen*

- Garant für eine freie und gerechte Gesellschaft ist eine stabile **Wirtschaft**, die Arbeitsplätze für die hier lebenden Menschen schafft und sichert. So wird Thüringen lebenswert, so wird Thüringen attraktiv, insbesondere für Familien. Unsere Wirtschaft, gerade in Thüringen, ist geprägt von kleinen und mittelständischen Unternehmen, von Familienbetrieben. Für Liberale ist eines völlig klar: Ohne die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schaffen und sichern, wäre unser Land nicht lebensfähig. Ohne die Menschen, die etwas unternehmen und dabei hohe persönliche Risiken und Einschränkungen auf sich nehmen, gäbe es keine Ausbildung und somit keine Arbeitschancen. Thüringen ist ein Agrarstandort, die Thüringer **Landwirtschaft**, die Thüringer Bauern produzieren Qualitätslebensmittel. Insbesondere auf europäischer Ebene muss Thüringen gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Bundesländern intensiver die Interessen der einheimischen Bauern vertreten, um so eine leistungsfähige Marktwirtschaft im Agrarsektor zu ermöglichen.
- Thüringen ist ein Standort von **Hochschulen** und von technologieorientierten Unternehmen. Dafür zu sorgen, dass Thüringer Hochschulabsolventen auch eine Chance auf einen adäquaten Arbeitsplatz in Thüringen haben, ist eine der wesentlichen Herausforderungen für die nächsten Jahre.
- Thüringen ist ein landschaftlich attraktives Land mit einer faszinierenden und vielfältigen **Geschichte**, einer reichen, historisch gewachsenen und modernen **Kultur** und abwechslungsreicher **Landschaft**. Der Thüringer Wald mit dem Rennsteig, die Rhön, das Saaletal, die Wartburg, das Kyffhäuserdenkmal, die Spuren Luthers, das Wirken von Bach, Goethe und Schiller sind nur einige Beispiele, die das enorme Potenzial unseres Landes zeigen. Thüringen ist für Touristen aus aller Welt interessant, die Vermarktung des **Tourismusstandortes** muss deshalb noch viel konzentrierter erfolgen, als bisher.

## 1.2 *Thüringengerecht*

- **Liberale Politik** für die Menschen in Thüringen ist eine Politik, die dem Land und seinen Menschen gerecht wird, es ist **Thüringengerechte Politik**.
- **Thüringengerechte Politik** bedeutet, dass Menschen für ihre Leistungen belohnt werden, dass Leistung sich lohnt. **Sie sorgt für Leistungsgerechtigkeit**.

- 1 - Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir die **Leistung der Menschen in unserem**  
2 **Land anerkennen.** Wer arbeiten geht, muss vom Lohn seiner Arbeit sich und seine  
3 Familien ernähren können.
- 4 - **Thüringengerechte Politik** sorgt dafür, dass Menschen gleiche Chancen bekommen  
5 und diese nutzen können. Sie **sorgt für Chancengerechtigkeit.**
- 6 - Es ist eine Frage der **Chancengerechtigkeit**, dass wir allen Kindern in Thüringen den  
7 Zugang zu bestmöglicher Bildung und Erwachsenen vielfältige Möglichkeiten des  
8 lebenslangen Lernens bieten.
- 9 - Es ist eine Frage der Chancen- und **Leistungsgerechtigkeit**, denjenigen, die arbeiten  
10 und lernen können und wollen, eine Chance in Thüringen zu bieten.
- 11 - **Thüringengerechte Politik** beinhaltet, dass diejenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
12 die nichts oder nur wenig leisten können, Hilfe erhalten. Sie **sorgt für soziale**  
13 **Gerechtigkeit.**
- 14 - Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen  
15 können. Nicht den Faulen, nicht den Findigen, sondern den Bedürftigen. **Die FDP ist**  
16 **der Anwalt der arbeitenden und Arbeit suchenden Menschen in unserem Land!**  
17 Die FDP steht dafür, dass unser Land auch künftig in der Lage ist, denen zu helfen, die  
18 Hilfe brauchen.

19 Wir Liberalen verstehen unter dem Begriff „sozial“ eine **gesellschaftliche Verantwortung**,  
20 nicht eine ausschließlich staatliche Kategorie. Privates, soziales bürgerschaftliches Engagement  
21 der Menschen füreinander, welches durch staatliche Unterstützung ergänzt wird, das ist das  
22 liberale Verständnis von der sozialen Gesellschaft.

23 Wir Liberalen stehen für eine offene und freie Gesellschaft. Unser Begriff einer freien  
24 Gesellschaft heißt: Die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit und nicht  
25 etwa: Der Staat gewährt den Bürgern einige Freiheiten. **Wenn Bürger ihrem Staat vertrauen**  
26 **sollen, dann muss der Staat vor allem seinen Bürgern vertrauen. Wir Liberalen vertrauen**  
27 **den Thüringerinnen und Thüringern!**

### 28 **1.3 Herausforderungen in Thüringen**

29 Trotz der positiven Entwicklung seit der Wiedervereinigung ist es insbesondere in den letzten  
30 Jahren nicht gelungen, wesentliche Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern:

- 1 - Wir brauchen eine **aktive Wirtschaftspolitik**, die anständige Rahmenbedingungen setzt.  
2 Vorrang für uns hat die Pflege bestehender Unternehmen und des Mittelstandes, damit  
3 **Arbeitsplätze gesichert** werden können. Dabei stehen wir auch für die  
4 Fachkräfterrückgewinnung, die bei uns im Fokus Thüringengerechter liberaler Politik  
5 steht.
- 6 - Die **hohe Abwanderung** hat sich in den letzten Jahren weiter erhöht. Kaum eine Familie  
7 ist davon nicht betroffen. Wir verlieren Jugend, Kreativität, Leistungsträger und damit  
8 Wirtschaftskraft. Durch die lang anhaltende Abwanderung wächst in Thüringen die  
9 Gefahr der wirtschaftlichen Abkoppelung und gesellschaftlicher Probleme.
- 10 - Thüringen braucht eine **solide Finanz- und Haushaltspolitik**. Die Finanzen und der  
11 Haushalt müssen zukunftsgerecht und konjunkturunabhängiger werden. Auf den  
12 massiven Verlust und die großen Einschnitte bei den Fördertöpfen in den Jahren 2013  
13 und 2014 ist Thüringen nicht vorbereitet. Verdeckte Haushaltsrisiken und ein  
14 Neuverschuldungsverbot blieben in Thüringen bisher unberücksichtigt.
- 15 - In der **Bildungspolitik** tritt Thüringen auf der Stelle. Über andauernde Experimente und  
16 „Reförmchen“ blieben die tatsächlichen Aufgaben unerledigt: Die frühkindliche Bildung,  
17 das lebenslange Lernen und die Motivation von Pädagogen, ihren Beruf hier in  
18 Thüringen auszuüben. Dabei sind schlaue Köpfe der Rohstoff unseres Landes.
- 19 - Die für eine erfolgreiche Entwicklung Thüringens nötige Vernetzung von **Wissenschaft**  
20 **und Wirtschaft** muss dringend verbessert werden. Nur diejenigen Länder werden eine  
21 Spitzenposition einnehmen, die diese Potentiale optimal nutzen.
- 22 - Dem Bevölkerungsschwund und der fehlenden Wirtschaftskraft steht ein großer  
23 **Verwaltungsapparat** gegenüber. Die ca. 40.000 Landesaufgaben müssen auf den  
24 Prüfstand. Was muss der Freistaat für seine Bürger leisten und was kann er den  
25 Menschen an Freiheit überlassen? Die Menschen sorgen gut für sich selbst. Eine teure  
26 Verwaltung schafft oftmals Stillstand und Verwirrung.
- 27 - Thüringen soll ein Freistaat sein, kein Verbotsstaat. Wir nehmen das Thema **innere**  
28 **Sicherheit** ernst. Die FDP wird aber die Thüringerinnen und Thüringer vor einem  
29 allmächtigen Staat schützen. Die Freiheitsrechte wurden in Thüringen vor 20 Jahren  
30 erkämpft. Wir werden diese Freiheitsrechte auch in Zukunft verteidigen.
- 31 - Eine erfolgreiche Entwicklung Thüringens ist nicht möglich ohne entsprechende  
32 Infrastruktur: Straßen, Schulen, ÖPNV und elektronische Kommunikation, aber auch die

1           ausreichende Versorgung mit Ärzten in den Städten und auf dem Land – hier ist viel zu  
2           tun.

### 3   **1.4   Zukunft für Thüringen**

4   Wir Liberalen erkennen die Unzufriedenheit mit den vorherrschenden politischen Verhältnissen,  
5   die Frustration über den politischen Stillstand im Freistaat und den Stillstand in der  
6   Bundespolitik. Wir sind davon überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Land  
7   keine linken Experimente will.

8       -   **Nur mit der FDP wird Thüringen in Zukunft zu den leistungsfähigen, freien und**  
9       **lebenswerten Regionen gehören.**

10      -   **Nur mit der FDP können die Thüringerinnen und Thüringer ohne Angst vor**  
11      **Leistung leben.**

12      -   **Nur mit der FDP werden die immensen Steuern und Abgaben, die die Tatkraft**  
13      **unserer Menschen bremsen und ihre Lebensqualität niederdrücken, auf ein**  
14      **erträgliches, nachvollziehbares und vor allem gerechtes Maß zurückgeführt.**

15      -   **Nur mit der FDP können die Thüringer Bürgerinnen und Bürger eine Regierung**  
16      **verhindern, die die „Tugenden“ des Sozialismus hoch hält.**

17      -   **Nur mit der FDP wird Thüringen wieder eine politische Vision und für zahlreiche**  
18      **Politikbereiche eine konzeptionelle Struktur erhalten.**

19   **Nur mit der FDP wird Thüringen ein Land der Mitte bleiben. Dafür stehen die**  
20   **Liberalen.**

## 1 2 Bildung

2 Bildung ist Bürgerrecht. Bildung bestimmt die Lebenschancen und ist die wichtigste Investition  
3 in die Zukunft jedes einzelnen Menschen und unserer ganzen Gesellschaft. Der Staat muss einen  
4 Ordnungsrahmen für optimale Bildungsmöglichkeiten für alle schaffen.

5 Im Mittelpunkt aller Überlegungen und Aktivitäten der Thüringer FDP im Bereich der  
6 Bildungspolitik stehen das Kind, der Jugendliche und auch der Erwachsene als Lernende und  
7 Lehrende.

8 Bildung im 21. Jahrhundert ist für jeden Einzelnen ein permanenter Prozess. Am Ende einer  
9 Berufsausbildung, sei es im dualen System oder an einer Hochschule, hat man nicht „ausgelernt“.  
10 Lernen beginnt heute im Kindergartenalter und dauert das gesamte Leben lang. Lebenslanges  
11 Lernen ist Verpflichtung sich selbst und der Gemeinschaft gegenüber.

12 Uns Liberalen geht es deshalb darum, eine Kultur des Lernens zu etablieren. Voraussetzung dafür  
13 ist, dass jeder, unabhängig von seiner sozialen Stellung, Zugang zu Bildung haben muss. Dabei  
14 steht für die FDP die Chancengleichheit am Start im Vordergrund. Bildungspolitik setzt bei uns  
15 bereits im Kleinkindalter an. Wer bereits von frühkindlicher Bildung – aus welchen Gründen  
16 auch immer – ausgenommen wird, erfährt bereits Einschnitte in der Chancengleichheit. Bildung  
17 darf dabei jedoch nicht Erziehung ersetzen. Die Vermittlung von Werten und Einstellungen ist  
18 vor allem Aufgabe der Eltern. Eltern haben nicht nur das Recht auf Erziehung ihrer Kinder, sie  
19 haben vor allem die Pflicht dazu.

20 Durch massive Investitionen in die Bildung als wichtigste Grundlage für Chancengerechtigkeit  
21 muss der Staat Perspektiven ermöglichen. Eine ausreichende Finanzierung der  
22 Bildungseinrichtungen aller Art, von Kindergarten bis Universität ist zwingend notwendig um  
23 den internationalen Anforderungen an Bildung und Wissenschaft standhalten zu können. So  
24 organisieren wir einen Vorsprung für Thüringen:

25 - **Gute Bildung und Arbeitsplätze** – das bedeutet **Zukunft für Menschen in**  
26 **Thüringen**, es bedeutet Zukunft für Thüringen.

27 - **Gute Bildungschancen sind ein Standortvorteil** – für die Menschen und auch für die  
28 Wirtschaft. Gute Bildung ist ein Wert an sich – das gilt für jeden einzelnen.

29 - **Gute Bildung ist ein Standortfaktor** – das gilt für die Wirtschaft, gute Bildung schafft  
30 Arbeitsplätze.

1 Der Staat konzentriert sich zu sehr darauf, mit finanziellen Transfers die Symptome  
2 gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und die Folgen ungleicher Chancen zu lindern. Bildung ist  
3 das Rezept, das Ungerechtigkeit im Kern bekämpft. Qualifizierte Bildung und Ausbildung  
4 erfordern von allen Beteiligten Bereitschaft und Anstrengung. **Lern- und Leistungsbereitschaft**  
5 **sind das Ethos der Solidarität.**

6 **Leitbilder liberaler Bildungspolitik sind Eigenverantwortung, Wahlfreiheit,**  
7 **Chancengerechtigkeit, Effizienz und Bereitschaft zur Eigeninitiative.**

## 8 **2.1 Frühkindliche Bildung**

9 Durch die Verknappung von Mitteln und Personal verkommen Kindereinrichtungen zu  
10 Aufbewahrungsanstalten. Viele Kinder verlieren die Motivation bereits, bevor sie überhaupt die  
11 Schule erreichen.

12 Es ist höchste Zeit, an die Kindereinrichtungen einen Bildungsauftrag zu formulieren, wenn sie  
13 dem Anspruch auf eine frühkindliche Bildung gerecht werden sollen. Das vorhandene Personal  
14 reicht bei weitem nicht aus, der Betreuungsschlüssel ist dringend zu ändern.

15 **Kinderlärm ist Zukunftsmusik.** Thüringen verfügt über ein gut ausgebautes Netz an  
16 Kindergärten und Kindertagesstätten. Sie gehören zu den Wettbewerbsvorteilen Thüringens. So  
17 bietet sich die Möglichkeit, Beruf und Familie zu verbinden.

18 Soll dies auch zum Wettbewerbsvorteil für unsere Kinder werden, muss **Kinderbetreuung als**  
19 **vorschulische Bildung** verstanden werden. Den verschiedenen Bildungseinrichtungen und  
20 Bildungsträgern muss dabei weitgehende Autonomie gewährt werden, damit sich Eltern auf der  
21 Grundlage eines breit gefächerten Bildungsangebots für die Einrichtung ihrer Wahl entscheiden  
22 können. Die Thüringer FDP setzt sich dafür ein, dass der **Beruf des Erziehers /der Erzieherin**  
23 zunehmend durch eine **akademische Ausbildung** erworben werden kann, um den  
24 Qualitätsansprüchen gerecht zu werden.

25 Ziel der Thüringer FDP ist es, den **Besuch von Kinderbetreuungseinrichtungen kostenfrei**  
26 zu ermöglichen. Dazu ist eine lückenlose Bereitstellung von Kindertagesstätten notwendig. Die  
27 Thüringer FDP bekennt sich deshalb zur Einführung von Betreuungsgutscheinen. Diese  
28 Betreuungsgutscheine werden als Krippen- und Kindergartengutscheine an Eltern direkt als  
29 familienpolitische Leistungen überreicht. Durch den Übergang von der Objekt- zur  
30 Subjektförderung, d.h. von der Förderung von Einrichtungen hin zur Förderung von Kindern,  
31 wird die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen verbessert. Der Wettbewerb zwischen den  
32 Bildungsträgern und die Stärkung von Privatinitiativen werden so unter Wahrung sozialer  
33 Chancen gefördert.

1 Damit ist ein echter Wettbewerb zwischen den verschiedenen Angeboten der frühkindlichen  
2 Bildung möglich. Auch alternative Angebote, wie Tagesmütter, sind – bei gegebener  
3 pädagogischer Qualität – dabei möglich. Um die Chancengleichheit beim Schuleintritt zu  
4 gewährleisten, wird die FDP **ein verpflichtendes Vorschuljahr mit Abschlusstest zur**  
5 **Schulaufnahme** einführen.

6 In diesem Zusammenhang wird die Thüringer FDP für **verbindliche standardisierte**  
7 **Sprachstandserhebungen** eintreten. Denn Grundvoraussetzung für eine kulturelle,  
8 wirtschaftliche und politische Teilhabe ist der sichere Umgang mit der deutschen Sprache. Und  
9 mit Deutsch müssen alle Kinder umgehen können, bevor sie eingeschult werden.

## 10 **2.2 Schulausbildung / Berufsausbildung**

### 11 **Die Schule ist nicht der Spielplatz für Experimente und Reformen.**

12 Wir stehen klar für ein gegliedertes Schulsystem, für Abitur nach zwölf Jahren, für  
13 bundeseinheitliche Bildungsstandards, für die intensivere Einbringung der Grundlagenfächer und  
14 naturwissenschaftlicher Fächer. Medienkompetenz gehört zur Allgemeinbildung. Gleichzeitig  
15 startet die Thüringer FDP eine **Fremdsprachenoffensive: Wir werben 1.000 Muttersprachler**  
16 **nach Thüringen für Fremdsprachenunterricht an.**

17 Wir werden **mehr Autonomie** für Bildungseinrichtungen und Bildungsträger einführen, damit  
18 sich auch im Bildungswesen auf der Grundlage eines breit gefächerten Bildungsangebots der  
19 Wettbewerb stärker entfalten kann. Die einzelnen Schulen bekommen Personalhoheit und sind  
20 für ihren materiellen Bedarf und die effiziente Nutzung der Lehr -und Lernmittel zuständig.  
21 Dadurch werden Schulen wettbewerbsfähiger und vor allem besser!

22 Die Thüringer FDP wird in der kommenden Legislatur Konzepte des längeren gemeinsamen  
23 Lernens prüfen. Allerdings lehnen wir gemeinsames Lernen über die Klassenstufe 6 hinaus  
24 grundsätzlich ab.

25 Am derzeitigen Fächerkanon halten die Liberalen grundsätzlich fest. Wer die Einführung neuer  
26 Fächer vorschlägt, sollte auch deutlich machen, welche Fächer dafür gestrichen werden sollen.

27 Wir Liberalen setzen uns dafür ein, Abschlussprüfungen zwischen den Bundesländern zu  
28 vereinheitlichen. **Das Mitteldeutsche Abitur oder vereinheitlichte Abschlussprüfungen mit**  
29 **weiteren, insbesondere benachbarten Ländern sind für uns konkrete Zielvorstellungen.**

30 Am Ende jeder Schulausbildung muss ein Abschluss stehen, der – den jeweiligen Stufen  
31 entsprechend – ein im deutschlandweiten Vergleich hohes Niveau aufweist.

32 Wir wollen den Ausbau eines Netzes von Ganztagschulen in Thüringen.

1 Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen, speziell den allgemeinbildenden Schulen, fördert  
2 die inhaltliche Weiterentwicklung der Einrichtungen. Auch Schulen in freier Trägerschaft sind  
3 fester Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft, von Grundschulen bis zu Berufsschulen. Sie  
4 müssen sich dem fairen Wettbewerb stellen können, dazu bedarf es gleicher Ausgangspositionen.

5 Bildungspolitik bedeutet auch Begabtenförderung. Bildung ist nicht nur ein individuelles Recht,  
6 sondern eine gesellschaftliche Pflicht. Liberales Ziel ist daher, sowohl ein möglichst hohes  
7 Bildungsniveau breiter Schichten unserer Bevölkerung, als auch die Herausbildung einer hoch  
8 befähigten geistigen Elite zu garantieren. Die berechtigten Forderungen nach  
9 Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit dürfen jedoch nicht mit der mancherorts gehegten  
10 Hoffnung auf Ergebnisgleichheit verwechselt werden. **Wie zivilisiert, freiheitlich und gerecht**  
11 **eine Gesellschaft ist, zeigt sich nicht nur in der fördernden und fordernden Hilfe in**  
12 **prekären Lebensverhältnissen, sondern auch und gerade in ihrem Umgang mit Talenten.**  
13 Thüringen muss deshalb die Auswahl und Pflege der Begabungen zu seinem Anliegen machen.  
14 Dabei ist aber ganz selbstverständlich, dass nur der, der die Breite fördert, auch die besonders  
15 Begabten erreichen kann. Ohne ein gutes Fundament gibt es auch keine Spitze.

16 Lehrer und Erzieher brauchen ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit sowie ausreichend  
17 Freiräume für ihre Arbeit und deren Vorbereitung. Diese Forderung trifft auf den gesamten  
18 Bildungssektor zu, von der frühkindlichen Bildung über die Schulbildung und die berufliche  
19 Bildung sowie die Ausbildung an den Fachhochschulen und Hochschulen bis hin zur  
20 Erwachsenenqualifizierung.

### 21 **2.3 Berufsausbildung**

22 Das System der beruflichen Bildung muss reformiert werden, um dauerhaft funktionsfähig zu  
23 bleiben. In der **Berufsausbildung** ist die Vermittlung von Grundlagen und modernen Techniken  
24 und Verfahren notwendig. **Die Berufsbilder und Lehrinhalte müssen den Anforderungen**  
25 **der Wirtschaft gerecht werden.** Die duale Berufsausbildung ist grundsätzlich beizubehalten,  
26 muss aber deutlich gestärkt werden.

27 Insbesondere mit Blick auf den Europäischen Wirtschaftsraum werden wir den Aufbau und die  
28 Zusammensetzung von Bildungsinhalten sachgerecht anpassen:

- 29 - An den Regelschulen wird die Berufsorientierung stärker betont.
- 30 - Betriebserkundungen, Praktika und Bewerbertraining müssen ebenso eine Rolle spielen  
31 wie die Ausrichtung der Lehrinhalte auf Themen, die die Bedeutung der Wirtschaft und  
32 Technik in den Mittelpunkt rücken.

- 1 - Förderangebote für Schulabgänger, die sich in sog. Übergangssystemen (z. B.
- 2 berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) befinden, werden reformiert und an die
- 3 Bedürfnisse der Ausbildungsbetriebe angepasst.
- 4 - Am Ende jeder Ausbildung muss eine öffentlich-rechtliche Abschlussprüfung stehen.
- 5 - Die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen und Bildungsteilbereichen muss
- 6 dringend erhöht werden. In diesem Sinne ist die Verzahnung von Aus-, Weiter- und
- 7 Hochschulbildung zu unterstützen. Bildungssackgassen darf es nicht länger geben.
- 8 - Es ist gegenüber Ländern und Hochschulen verstärkt dafür zu werben, dass berufliche
- 9 Abschlüsse und erworbenes berufliches Wissen künftig noch stärker auf die im Rahmen
- 10 des Studiums zu erbringenden Leistungen angerechnet werden.
- 11 - Fortbildungsabschlüsse werden im europäischen Vergleich leistungsgerecht eingeordnet.

## 12 **2.4 Hochschulen**

### 13 **Wir schaffen die selbstständige Hochschule.**

14 Unsere Hochschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftssicherung, indem sie die  
 15 Wissenschaftlergeneration von morgen heranbilden und ständig einen erheblichen Anteil an  
 16 neuen Forschungsergebnissen erarbeiten.

17 Hochschulen befinden sich im internationalen Wettbewerb. Mit Professoren im Beamtenstand,  
 18 zentraler Planung und Mittelvergabe sind die Herausforderungen nicht zu bewältigen. Die  
 19 Stärkung der Leistungsfähigkeit unserer Universitäten und Hochschulen, die nach wie vor durch  
 20 chronische Unterfinanzierung, bürokratische Gängelung und ideologische Vorbehalte  
 21 geschwächt wird, ist daher eine vordringliche politische Aufgabe. Wir werden Hochschulen in  
 22 Freiheit und Selbstverwaltung entlassen.

23 Das bedeutet unter anderem:

- 24 - Autonomie der Hochschulen in Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen.
- 25 - Stiftungsprofessuren und andere Finanzierungsformen aus der Wirtschaft werden
- 26 gefördert.
- 27 - Wir wollen auch, dass zukünftig die Studenten ihre Hochschule und die Hochschulen
- 28 ihre Studenten selbst auswählen dürfen.
- 29 - Aufstockung der Finanzmittel für die Hochschulen bei langfristiger finanzieller
- 30 Planungssicherheit. Zusätzliche Einnahmen der Hochschulen wie z. B. Studiengebühren
- 31 müssen möglich sein, dürfen jedoch ausschließlich zur Verbesserung der Lehre und

1 Studienbedingungen eingesetzt werden. Die staatliche Finanzierung ist von der Höhe der  
2 zusätzlichen Einnahmen unabhängig.

3 - **Pauschale Verwaltungsgebühren werden abgeschafft.**

4 - Die Erhebung von Studienbeiträgen ist Sache der Hochschulen und Universitäten.  
5 Sollten sich diese zu Studienbeiträgen entschließen, wird die FDP klare Auflagen dafür  
6 benennen: Studiengebühren dürfen nicht zu sozialer Selektion führen. Wir werden eine  
7 Obergrenze für Studiengebühren festlegen, die nicht höher als 80 Euro monatlich sein  
8 dürfen. Die Begleichung dieses Beitrages kann entweder durch nachgelagerte Erhebung  
9 (d. h. nach Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit nach dem Studium) oder durch  
10 Kreditfinanzierung und Deckelung der Gesamtverbindlichkeiten aus BAföG-  
11 Rückzahlung und Kreditbelastung bei maximal 15.000 Euro sichergestellt werden.

12 - Abschaffung der Kapazitätsverordnung und Ausbau von Studienkapazitäten  
13 entsprechend der Nachfrage.

14 - Ein eigener Tarifvertrag für Wissenschaftler an Hochschulen und anderen staatlichen  
15 Wissenschaftseinrichtungen.

16 - Stärkere Verzahnung der Forschung von Hochschulen, außeruniversitären  
17 Forschungsinstituten und der Industrie.

18 - Die Entwicklung der Studentenzahlen der nächsten Jahre ist eine große Chance für den  
19 Hochschulstandort Thüringen. Mit gezielten Marketingmaßnahmen muss für ein Studium  
20 in Thüringen geworben werden.

21 Das deutsche Bildungssystem leidet an der Kleinstaaterei! Wir brauchen nicht 16  
22 Bildungssysteme, wir brauchen einheitliche Bildungsstandards und Abschlüsse, damit Menschen  
23 gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

## 1 **3 Wirtschaft**

2 Die Wirtschaft in Thüringen muss wieder an Fahrt gewinnen. Nur eine konsequent  
3 marktwirtschaftliche Politik kann die Dynamik entfachen, die Arbeitsplätze sichert. Unnütze  
4 bürokratische Hemmnisse und mittelstandsfeindliche Industriepolitik sorgen dafür, dass sich die  
5 Gefahren der gegenwärtigen Finanzkrise verschärfen, und dass aus der Finanzkrise eine  
6 Arbeitsmarktkrise wird. Dies gilt es zu verhindern.

### 7 ***3.1 Mit der Sozialen Marktwirtschaft gegen die Krise***

8 Die soziale Marktwirtschaft hat in Deutschland und in Thüringen zu Wohlstand breiter  
9 Bevölkerungsgruppen und zu anhaltendem sozialen Frieden geführt. Nur soziale Marktwirtschaft  
10 sichert dauerhaft Arbeitsplätze und setzt dem Markt Regeln. In der sozialen Marktwirtschaft  
11 gehen Wirtschafts- und Sozialpolitik Hand in Hand. Allerdings setzt der Staat mit seinen Regeln  
12 den Ordnungsrahmen, der das Gleichgewicht der am Markt Beteiligten (z.B  
13 Arbeitnehmer/Arbeitgeber, Kunden und Unternehmen) gewährleistet. Die gegenwärtige  
14 Finanzkrise ist nicht zuletzt durch die Missachtung ordnungspolitischer Prinzipien entstanden.  
15 Insbesondere die staatliche Politik des "billigen Geldes" der US-Zentralbank und die forcierte  
16 staatliche Förderung von Hausbesitz haben die Finanzmärkte verzerrt und zu Spekulationsblasen  
17 geführt. Deshalb können hohe Verschuldung und eine abermalige Politik des "billigen Geldes"  
18 langfristig den Schaden nur vergrößern.

19 **Dazu gehören auch der Schutz des Privateigentums und die Vertragsfreiheit.** Staatliche  
20 Beteiligungen an Privatunternehmen oder gar Enteignungen unterhöhlen das Fundament der  
21 Sozialen Marktwirtschaft. Sie führen zu Wettbewerbsverzerrungen und retten in Wahrheit keinen  
22 einzigen Arbeitsplatz. Ganz im Gegenteil: Sie schmälern mittel- und langfristig die  
23 Beschäftigungs- und Wachstumsmöglichkeiten in Deutschland.

24 Die (unbrauchbare) Alternative zur Marktwirtschaft ist die Planwirtschaft. Die Soziale  
25 Marktwirtschaft ist das gesellschaftspolitische Gegenmodell zum Obrigkeits- und  
26 Interventionsstaat, zur Herrschaft der Bürokraten, zur Privilegiengesellschaft, zu Etatismus und  
27 umfassender Staatsfürsorge. Ihre Bedeutung reicht weit über die ökonomischen Aspekte der  
28 wirtschaftlichen Effizienz hinaus. Sie ist komplementärer Teil jeder freiheitlichen  
29 Gesellschaftsordnung. Freiheit ist unteilbar.

30 Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt die **Menschen** in Thüringen vor besondere  
31 Herausforderungen. Wer schon immer Zweifel an der sozialen Marktwirtschaft hatte, äußert  
32 diese vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise nun umso lauter. Dabei war und ist

1 es auch und gerade die öffentliche Hand, die mit Interventionismus und Subventionen einen  
2 erheblichen Teil an der gegenwärtigen Misere zu verantworten hat.

3 Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellt **Thüringen** vor besondere Herausforderung, Niemand  
4 kann die auf uns zukommenden Risiken sicher einschätzen, und die Mittel einer Landesregierung  
5 in einer globalen Krise sind begrenzt. Wichtig ist in dieser Lage, das Vertrauen der Menschen in  
6 die eigenen Kräfte und in die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken. Wir sehen gute  
7 Chancen, dass bei entsprechenden politischen Weichenstellungen das Land Thüringen gestärkt  
8 aus der Krise hervorgehen wird.

9 Die Finanzkrise macht deutlich, dass der Ordnungsrahmen im Sinne der Sozialen  
10 Marktwirtschaft weiterentwickelt werden muss. **Nicht die Freiheit hat versagt, vielmehr hat**  
11 **die mangelnde Verantwortung Einzelner beim Gebrauch der Freiheit die Krise**  
12 **herbeigeführt.** Deshalb müssen diejenigen, die durch verantwortungsloses Handeln die Krise  
13 herbeigeführt haben, personell wie finanziell zur Verantwortung gezogen werden.

14 Freiheit und Verantwortung bleiben Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entfaltung und  
15 damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Deshalb gilt für die Thüringer FDP: Wir wollen so  
16 viel Freiheit wie möglich und so viel Regeln wie nötig.

### 17 ***3.2 Wohlstand braucht Markt und Wettbewerb – Wettbewerb braucht Regeln***

18 Auch die Thüringer Wirtschaft steht vor schwierigen Zeiten. Die Auftragseingänge sind  
19 rückläufig, Kurzarbeit nimmt zu, Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung werden nach  
20 unten korrigiert. Die Kaufkraft ist schwach, weil den Bürgern Geld für Konsum und  
21 Investitionen entzogen wurde. Die gesamtstaatlichen Steuermehreinnahmen – also  
22 Mehrbelastungen der Bürger – betragen allein in den Jahren von 2006 bis 2008 über 350 Mrd.  
23 Euro. Für den durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt bedeutet dies in den drei Jahren einen  
24 Kaufkraftentzug von rund 4.800 Euro.

25 Die Herausforderungen der Zukunft meistern wir nur, wenn sich die schöpferischen und  
26 geistigen Kräfte unserer Gesellschaft voll entfalten. Dafür will die FDP Raum schaffen. Je mehr  
27 Menschen durch eigene Leistung ihr Leben gestalten, desto fairer und sozialer ist die  
28 Gesellschaft. **Eine Politik der guten Ergebnisse ist besser für die Menschen als eine**  
29 **Politik der besten Absichten.**

### 30 ***3.3 Wettbewerb braucht Regeln***

31 Manche Menschen haben Angst vor Wettbewerb, weil sie darunter ungehinderte ökonomische  
32 und politische Macht verstehen. In den letzten Monaten hat sich diese Angst verstärkt.

1 Wettbewerb bedeutet nicht das Recht des Stärkeren aber auch nicht die Generallösung aller  
2 Probleme. **Wettbewerb darf nicht verboten werden, sondern muss mit klaren Regeln fair**  
3 **gestaltet und in seiner Wirksamkeit gestärkt werden.**

4 Die gesellschaftliche Schleifspur aller linken Rezepte zeigt, dass unkontrollierte wirtschaftliche  
5 und politische Macht immer genau dort entsteht, wo Wettbewerb und Markt vorher aus  
6 politischen Motiven entmachtet worden sind. Allein die aus einer Wettbewerbssituation  
7 resultierende Konkurrenz von Ideen führt zu besten Lösungen in allen Bereichen. Wettbewerb  
8 macht beweglich.

### 9 **3.4 Mittelstand und Wirtschaft in Thüringen**

10 Kleine und mittlere Unternehmen sind **das Rückgrat der Thüringer Volkswirtschaft**. Es ist  
11 der Mittelstand der den entscheidenden Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und  
12 Ausbildungsplätzen in Thüringen leistet. 87 Prozent der Betriebe in Thüringen haben weniger als  
13 zehn Beschäftigte. Mittelständische Unternehmen sind außerordentlich flexibel und innovativ.  
14 Ohne den Mut und das Engagement der mittelständischen Unternehmen und ihre qualifizierten  
15 Mitarbeiter wäre der bemerkenswerte Wiederaufbau im Freistaat nicht möglich gewesen.

16 **Thüringengerechte Wirtschaftspolitik ist Politik für den Mittelstand. Der Mittelstand**  
17 **wartet auf Steuersenkungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalquote,**  
18 **auf Bürokratieabbau und niedrige Lohnzusatzkosten**

19 Zu einer guten Mittelstandspolitik gehört für die FDP Thüringen daneben eine gezielte  
20 Wirtschaftsförderung und Unterstützung bei der Sicherung von Arbeitsplätzen gerade während  
21 der Wirtschaftskrise. Wir wollen schnellere und subsidiär geprägte Entscheidungen. Daher  
22 begrüßt die Thüringer FDP die von der EU-Kommission angestoßene Umsetzung der  
23 **„Unternehmensgründung in sieben Tagen“**. Dazu ist auch die **Einrichtung eines**  
24 **„einheitlichen Ansprechpartners“ für alle Unternehmensgründer** notwendig.

25 Die Thüringer Liberalen werden alle bestehenden und künftig zu beschließenden Gesetze und  
26 Verordnungen auf ihre Mittelstandsrelevanz hin überprüfen und darüber hinaus mit einem  
27 Ablaufdatum versehen. **Mit Prüfverfahren wie dem „Quick-Scan-Verfahren“ oder dem**  
28 **Standardkosten-Modell wird ermittelt, wie viel Aufwand und Zeit durch Anträge und**  
29 **Meldepflichten bei den Betrieben und in der Verwaltung verursacht werden.** Auf diese  
30 Weise ausfindig gemachte Kostenbelastungen werden soweit wie möglich reduziert.

31 Die Thüringer FDP setzt sich auch für **schnellere Genehmigungsverfahren** z.B. durch die  
32 Einführung weiterer Anzeigeverfahren – analog der Thüringer Bauordnung – ein.

1 Weiterhin werden wir die **Pflichtmitgliedschaft von Unternehmen in den Industrie- und**  
 2 **Handelskammern bzw. Handwerkskammern kritisch überprüfen.** Die Kammern sollen  
 3 nicht abgeschafft werden. Vielmehr muss das Kammerwesen auf der Grundlage des  
 4 Wettbewerbsgedanken reformiert werden.

#### 5 **Voraussetzungen für eine Thüringengerechte Wirtschaftspolitik:**

- 6 - Eine funktionsfähige soziale Marktwirtschaft.
- 7 - Eine auf das Notwendige beschränkte und sich beschränkende Bürokratie.
- 8 - Ein sich selbst tragender und gut funktionierender Mittelstand.
- 9 - Eine hervorragende Bildungs- und Hochschulstruktur.
- 10 - Eine breit aufgestellte Forschungslandschaft.
- 11 - Ein hohes Maß an Lebensqualität. Fachkräfte werden nur dann in einer Region leben  
 12 wollen, wenn dort ein hoher Lebensstandard geboten werden kann.
- 13 - Umgehende steuerliche Entlastung von Unternehmen und Bürgern.
- 14 - Kleine und mittelständische Unternehmen mit ausreichender Eigenkapitaldecke.

#### 15 **3.5 Wirtschaftsförderung mit klarem Auftrag und klaren Strukturen**

16 Die Wirtschaftsförderung des Landes muss **grundlegend neu strukturiert und ausgerichtet**  
 17 werden. Die Landesgesellschaften wie Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und Gesellschaft  
 18 für Wirtschaft und Arbeitsförderung (GFAW) sind auf ihre Kernaufgaben hin zurückzuführen  
 19 und müssen intensiver für den Wirtschaftsstandort Thüringen werben sowie die heimische  
 20 Wirtschaft bei der Erschließung überregionaler Märkte unterstützen.

21 **Grundsatz einer liberalen Wirtschaftsförderpolitik ist die Subsidiarität.** Das Land soll nur  
 22 dort Fördermittel einsetzen, wo nationale und internationale Institutionen keine Angebote  
 23 unterbreiten oder Refinanzierungs- und Programmmittel dieser Institutionen komplementär  
 24 finanziert werden müssen.

25 Die FDP Thüringen wird die **bestehenden Förderprogramme auf die Wirksamkeit**  
 26 **überprüfen** und überflüssige Fördertatbestände abschaffen. Die für den weiteren  
 27 Wirtschaftsaufbau **notwendigen Förderprogramme** sollen **einfach und übersichtlich**  
 28 **formuliert** werden und **die Zuteilung für den Antragsteller transparent und**  
 29 **nachvollziehbar** sein. **Transparenz und Verlässlichkeit** sind für die Thüringer FDP Leitlinien  
 30 auch in der Wirtschaftsförderung.

1 **Zielsetzung aller Fördermaßnahmen ist die Hilfe zur Selbsthilfe.** Mit Hilfe der  
2 Förderangebote muss es möglich sein, dass der Thüringer Mittelstand seine Investitionspläne  
3 verwirklichen und eine der etablierten westdeutschen Konkurrenz vergleichbare  
4 **Eigenkapitalquote** aufbauen kann.

5 Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass die Kreditvorsorge der Wirtschaft nicht funktioniert, weil  
6 die Banken gerade in Krisenzeiten für Darlehen an den Mittelstand hohe Eigenkapitalreserven  
7 vorhalten müssen. Die Thüringer FDP setzt sich dafür ein, dass die Baseler  
8 Eigenkapitalvereinbarungen (Basel II) so flexibilisiert werden, dass kleine und mittlere  
9 Unternehmen gerade in schwierigen Zeiten Darlehen zu günstigen Konditionen erhalten können.

10 **Ein wichtiger Bestandteil der Thüringer Wirtschaftspolitik ist auch die Tourismuspolitik.**

11 Mit ca. 70.000 Vollzeitbeschäftigten und einem Umsatz von ungefähr 1,7 Milliarden € pro Jahr ist  
12 der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig. Allerdings leidet der Thüringer Tourismus noch  
13 immer an seiner regionalen Zersplitterung.

14 Hauptaufgabe der Tourismuspolitik des Landes ist die Etablierung **einer einheitlichen Marke**  
15 **„Thüringen“**, die außerhalb Thüringens wahrgenommen wird. Das **Hotel- und**  
16 **Gaststättengewerbe** ist für Thüringen nicht nur ein Aushängeschild, sondern auch **ein**  
17 **wichtiger Wirtschaftszweig und Arbeitgeber.** Die FDP unterstützt die Forderung nach einem  
18 einheitlichen reduzierten Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe, wie er in  
19 anderen EU-Ländern gewährt wird, sowie die Entlastung des Beherbergungsgewerbes von den  
20 überhöhten Rundfunk- und Lizenzgebühren.

### 21 **3.6 Energiepolitik**

22 Die sichere Versorgung mit preisgünstiger und umweltverträglicher Energie gehört zu den  
23 elementaren Lebensquellen einer Volkswirtschaft und aller Privathaushalte. Energie muss  
24 langfristig und verlässlich zur Verfügung stehen.

25 Energiepolitik muss sich an den Zielen **Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit** und  
26 **Umweltverträglichkeit** ausrichten, diese Ziele als gleichrangig betrachten und ausgewogen  
27 verfolgen. Liberale Energiepolitik spricht sich gegen Monopole aus und will dafür sorgen, dass  
28 sich die Kraft des Wettbewerbs unverzerrt entfalten kann.

29 Thüringen ist ein bedeutender Standort der erneuerbaren Energien. Der Anteil der erneuerbaren  
30 Energien am Primärenergieverbrauch betrug nach der letzten statistischen Erhebung 15,4  
31 Prozent, zum gleichen Zeitraum lag der durchschnittliche Wert für die Bundesrepublik  
32 Deutschland gerade einmal bei 6,4 Prozent. Der größte Anteil an den erneuerbaren Energien  
33 stammt in Thüringen aus Biomasse.

1 Der weiteren Ansiedlung von Unternehmen dieser Branche ist besonderes Augenmerk zu  
2 schenken mit dem Ziel, **die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien**  
3 **innerhalb der nächsten Legislaturperiode zu verdoppeln.**

### 4 ***3.7 Forschungs- und Technologiepolitik***

5 Die Chancen einer globalisierten Welt nutzen, heißt unser Land fit für die Zukunft machen. Der  
6 Freistaat Thüringen verfügt über keine natürlichen Ressourcen, braucht daher kreative Köpfe, die  
7 mit ihren Ideen dazu beitragen, mit innovativen Produkten, Produktionsverfahren und  
8 Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Nur so können wir  
9 Thüringengerecht werden und Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung für die Zukunft sichern.  
10 Billige Massenfertigung und eine reine Dienstleistungswirtschaft sind für unser rohstoffarmes  
11 Land keine Zukunftsperspektiven. **Unsere Zukunft liegt in einer wissensbasierten**  
12 **Volkswirtschaft und dem geistigen Potential unserer Menschen.** Ihr Wille und ihre Kraft  
13 zum Fortschritt sind es, auf die wir bauen und auf die wir uns verlassen müssen. Eine innovative  
14 Wirtschaft ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft, darauf müssen wir uns konzentrieren.  
15 Dafür sind Forschung und Entwicklung unerlässlich.

16 Thüringen muss ein moderner Standort in Europa werden. **Die Verbindung von Wirtschaft**  
17 **und Forschung wird der ausschlaggebende Faktor in dieser Entwicklung sein.** Thüringen  
18 hat gute Potentiale, aber auch großen Aufholbedarf. Die Zukunft hängt davon ab, wie stark der  
19 Freistaat in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung sein wird und wie effizient und  
20 ertragreich er diese Faktoren mit der Wirtschaft, d. h. dem ansässigen Mittelstand, verbinden  
21 kann.

22 Nur mit einem starken und gesunden Mittelstand wird in Thüringen wieder Wachstum und  
23 Innovation möglich sein. Die FDP Thüringen spricht sich jedoch eindeutig gegen eine jahrelange  
24 Förderung nach dem Gießkannenprinzip aus. Vielmehr sollen die von Wirtschaft und Politik als  
25 zukunftsträchtig gefundenen Branchen in die Lage versetzt werden, nach einer  
26 Anschubfinanzierung auf eigenen Beinen zu stehen. Förderungen sind daher grundsätzlich  
27 degressiv auszugestalten, allein schon um Gewöhnungseffekte zu vermeiden.

### 28 **FuE-Kooperation, Wissen- und Technologietransfer in Wirtschaft**

29 Aus der Dominanz der kleinen Betriebe in Thüringen ergeben sich mit Blick auf FuE (Forschung  
30 und Entwicklung) bzw. Wissen- und Technologietransfer spezifische Probleme. Jedoch gibt es zu  
31 FuE keine Alternative, wenn Unternehmen auf dem Markt erfolgreich bestehen wollen. **So**  
32 **fehlen gerade den kleineren Betrieben die finanziellen Mittel um eigene FuE-Projekte**  
33 **durchzuführen.** Die Selbstfinanzierungskraft dieser oftmals aus Wissenschaftseinrichtungen

1 ausgegründeten und in der Regel sehr forschungsintensiven Firmen reicht in der Regel nicht aus,  
2 um FuE-Aktivitäten in ausreichendem Ausmaß durchzuführen. Gerade auch für  
3 Ausschreibungen auf EU-Ebene reicht das vorhandene Kapital nicht aus. Diese Unternehmen  
4 sind daher auf Kooperationen angewiesen. FuE-Kooperationen können von losen informellen  
5 Kontakten zu Unternehmen, Hochschulen und/oder externen Forschungseinrichtungen über  
6 eine generelle Zusammenarbeit bis hin zu vertraglich vereinbarten FuE-Aufträgen und –  
7 Projekten reichen.

8 Oft stehen FuE-Kooperationen aus Sicht der Unternehmen die langwierigen  
9 Entscheidungsstrukturen und die Bürokratie der Hochschulen, unzureichende personelle und  
10 technische Ausstattung der Fachgebiete, Termin- und Zeitdruck der Unternehmen hinsichtlich  
11 des angestrebten FuE-Ergebnisses, Unklarheiten über das Verwertungsrecht und das  
12 Veröffentlichungsinteresse der Hochschulen entgegen.

13 Hier besteht aus Sicht der FDP Thüringen sofortiger Handlungsbedarf:

- 14 - Wir werden die FuE-Förderung finanziell aufstocken.
- 15 - Wir werden den Wissens- und Technologietransfer intensivieren und transparenter  
16 gestalten, um die Forschungsergebnisse schneller in neue Verfahren und Produkte  
17 umzusetzen sowie Existenzgründer aus den Hochschulen zu ermutigen und gezielt zu  
18 fördern.
- 19 - Wir werden die vorhandenen industriegetriebenen Branchenschwerpunkte (Cluster)  
20 weiter ausbauen und durch eine umfassende strategische Positionierung die  
21 verschiedenen Zukunftsbranchen im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken.
- 22 - Wir werden mit den Hochschulen und Patentverwertungsgesellschaften den  
23 Technologietransfer beschleunigen und effizienter gestalten.

### 24 **3.8 Verkehrspolitik**

25 Eine intakte und gut funktionierende **Verkehrsinfrastruktur** ist ein wichtiger Standortfaktor.  
26 Ziel liberaler Verkehrspolitik ist und bleibt es, den Bürgerinnen und Bürgern bezahlbare und  
27 umweltverträgliche Mobilität zu ermöglichen.

28 Thüringen hat aufgrund seiner zentralen Lage eine wichtige Funktion für den Verkehr in  
29 Deutschland und Europa. Prognosen zufolge wird sich der Zuwachs des Verkehrsaufkommens  
30 fortsetzen. Das Verkehrssystem muss deshalb fortlaufend modernisiert und bedarfsgerecht  
31 ausgebaut werden.

1 Um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zu verbessern, muss in den ländlichen  
2 Regionen eine moderne **Kommunikationsinfrastruktur** ausgebaut werden. Zu einer  
3 leistungsfähigen und den Standort stärkenden Infrastruktur gehört der ungehinderte Zugang zur  
4 **Breitbandkommunikation.**

#### 5 **Konsequente Weiterführung von Straßenbauprojekten**

6 Thüringen lebt derzeit vor allem von der Verkehrsader A4, die Mittel- und Ostthüringen mit dem  
7 Rhein-Main-Gebiet verbindet. Die Verbindung nach Nordwestdeutschland sowie in die  
8 bevölkerungsreichste Region des Ruhrgebietes und weiter nach Belgien und in die Niederlande  
9 lässt sehr zu wünschen übrig.

10 Die FDP wird die vorhandenen Trassenführungen auf Bundesstraßenniveau ausbauen, damit der  
11 als natürliche Hürde wirkende Thüringer Wald im Interesse von Tourismus und Wirtschaft  
12 schnell und problemlos überwunden werden kann. Dabei ist auf Natur- und Landschaftsschutz  
13 zu achten.

14 Folgende Projekte sehen wir als besonders vordringlich an:

- 15 - den Lückenschluss der Autobahnen Nordthüringen A 38 und A 38-A71,
- 16 - den Ausbau der A4 Hörselberge,
- 17 - die Fertigstellung der A 9 nördlich von Schleiz,
- 18 - Projekte zur infrastrukturellen Stärkung der Bundesstraßen, wie zum Beispiel die  
19 Fortführung der B 94 zwischen Zeulenroda und Schleiz, der B 7 zwischen Jena und A9,  
20 der B 93 zwischen Altenburg und Borna (Anschluss nach Leipzig), Fertigstellung der A  
21 44 zwischen Wommen und Kassel,
- 22 - die Prüfung einer Rhönquerung.
- 23 - den Bau von Ortsumgehungen, um die Bevölkerung vom Verkehr zu entlasten, z.B.  
24 Ortsumgehung Weimar und die notwendigen Ortsumgehungen begleitend zur B 175.

#### 25 **ÖPNV**

26 Die Thüringer FDP bekennt sich zur Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)  
27 für die Mobilität der Menschen im Land sowie als Standortfaktor. Es gilt darum, alle  
28 Möglichkeiten zu einer möglichst effizienten Fortschreibung auszuschöpfen, wie die intelligente  
29 Vernetzung der Verkehrsträger, Verkehrsverbünde, interkommunale Zusammenarbeit und die  
30 Kooperation mit Privaten z.B. durch die Freigabe und Ausschreibung von Konzessionen für den  
31 (Klein-)Bus-Pendelverkehr im ländlichen Umfeld. Von hoher Bedeutung ist, dass zukünftig

1 klarer, kontinuierlicher und verlässlicher feststehen muss, welche Mittel den kommunalen  
 2 Verkehrsträgern zur Verfügung stehen. Die Mobilität der Menschen ist ein Wirtschaftsfaktor und  
 3 Voraussetzung für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist nicht Verhandlungsmasse  
 4 tagespolitischer Unzulänglichkeit. Deshalb brauchen die kommunalen Verkehrsträger  
 5 Planungssicherheit. Auch der schienengebundene Nahverkehr hat für die FDP hohen  
 6 Stellenwert. Statt experimenteller „Luftballons“ der Landesregierung, wie die Schließung von  
 7 Bedarfshaltepunkten, fordern die Liberalen eine verlässliche Verkehrspolitik als Standortfaktor  
 8 für die Thüringer Kommunen.

### 9 **Ausbau von Bahnstrecken in Thüringen**

10 Die FDP Thüringen spricht sich für den beschleunigten Ausbau in der Vergangenheit immer  
 11 wieder verzögerten

- 12 - Nord-Süd-Eisenbahnverbindung Berlin - Erfurt - München sowie der
- 13 - zweigleisigen, elektrifizierten Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Erfurt und
- 14 Dresden aus und wird alles unternehmen, um den Bund zur weiteren Bereitstellung von
- 15 Mitteln und noch zügigerem Bauen zu veranlassen.

16 Speziell zur Stärkung des Südthüringer Raums setzt sich die Thüringer FDP dafür ein, dass die  
 17 Werrabahn von Eisenach bis Eisfeld/Coburg, einst eine leistungsfähige Verbindung von  
 18 Nordhessen nach Franken, durch einen Lückenschluss wieder mit Franken verbunden wird. Die  
 19 Werrabahn hat eine große Bedeutung im Radtourismus und kann nach dem Lückenschluss  
 20 alternativer Verkehrsweg in einem wettbewerbsorientierten Bahnverkehr, sowohl für den Güter-  
 21 als auch im Personentransport werden.

### 22 **3.9 Landwirtschaft, Forsten, Ländlicher Raum**

23 Thüringen ist geprägt vom ländlichen Raum. Er ist für einen großen Teil der Thüringer  
 24 Bevölkerung Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsraum. Mit seinen natürlichen Ressourcen bietet er  
 25 aber auch die notwendigen Freiräume für Erholung und Freizeitgestaltung der Bevölkerung und  
 26 leistet einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Thüringerinnen und Thüringer mit  
 27 hochwertigen Produkten der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus.

28 Gerade der ländliche Raum ist von Abwanderung und drohender Überalterung bedroht. **Die**  
 29 **Stärkung des ländlichen Raumes heißt daher, Thüringen insgesamt zu stärken.**

30 Der ländliche Raum lebt zu einem wichtigen Teil von Landwirtschafts- und Forstunternehmen,  
 31 aber auch von den angrenzenden Zentren in die viele seiner Bewohner zum Arbeiten pendeln.  
 32 Landwirtschafts- und Forstunternehmen sind häufig der größte und oftmals auch der einzige

1 Arbeitgeber in der ländlichen Region. Sie erfüllen nicht nur im ländlichen Raum vielfältige  
2 Aufgaben, sie sind als Nahrungsmittelproduzenten ein unverzichtbarer Bestandteil unseres  
3 Wirtschaftsgefüges. Sowohl die Investitionen als auch die konsumtive Nachfrage  
4 landwirtschaftlicher Betriebe stützt regionale Wirtschaftskreisläufe und sichert somit  
5 Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region.

## 6 **Landwirtschaft**

7 Die Thüringer Liberalen nehmen die Landwirtschaft als einen gewichtigen Wirtschaftsfaktor  
8 ernst. Viele Parteien vermitteln den Eindruck vom Bauernhof als "Urlaub auf dem Lande".  
9 Dieser Eindruck wird dem ernsthaften Anliegen der Nahrungsmittelversorgung, dem Anbau  
10 nachwachsender Rohstoffe, der Förderung des Klimas und der Erhaltung der Wirtschafts- und  
11 Gesellschaftsstrukturen im Ländlichen Raum nicht gerecht. So wenig wie Strom „einfach nur aus  
12 der Steckdose kommt“, fallen land- und forstwirtschaftliche wirtschaftliche Produkte vom  
13 Himmel.

14 Landwirtschaftspolitik begreifen wir als Einheit mit den dazu gehörigen vor- und nachgelagerten  
15 Bereichen, wie der Futtermittelindustrie, der landtechnischen Industrie und dem zugehörigen  
16 Handwerk, der Ernährungswirtschaft und der Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe (u.a.  
17 durch Biogas- oder Biodiesel-Produktion). Diese sind wichtiger Bestandteil des  
18 Bruttosozialproduktes in Thüringen. Ihr Arbeitskräftebedarf ist von erheblicher Bedeutung vor  
19 allem im Ländlichen Raum.

20 Der Erhalt und die Förderung der heimischen Landwirtschaft hat bei der Thüringer FDP  
21 Priorität. Deshalb treten wir ein

- 22 - für die Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen und den Schutz vor subventionierten  
23 Einfuhren; liberale Agrarpolitik will die schrittweise Verringerung der Eingriffe in den  
24 Markt.
- 25 - für den Grundgedanken der Entkopplung der Prämien von der Produktion und die  
26 Abschaffung von Quoten und Marktordnungen und gegen Förderobergrenzen; die  
27 FDP steht für eine unternehmerische und nachhaltige Landwirtschaft mit deutlich  
28 weniger Bürokratie.
- 29 - für eine gleichmäßige Umsetzung der EU-Standards im Umwelt-, Tier- und  
30 Verbraucherschutzbereich in allen EU-Mitgliedstaaten.

- 1 - für einen zurückhaltenden Umgang mit wertvollen Böden und Flächen bei der  
2 weiteren Entwicklung des Landes, insbesondere die gezielte Abstimmung von  
3 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mit den betroffenen Landwirten.
- 4 - für die Fortsetzung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des  
5 Küstenschutzes".
- 6 - für die Beibehaltung von Ausgleichszahlungen für benachteiligte Betriebe sowie dem  
7 Thüringer Kulturlandschaftspflegeprogramms (KULAP).
- 8 - für die Gleichberechtigung des Vertragsnaturschutzes mit dem administrativen  
9 Naturschutz und notwendige Entschädigungsregelungen für dadurch entstehende  
10 zusätzliche Auflagen.
- 11 - für die Schaffung eines wirklich ausreichenden wissenschaftlichen Vorlaufes zur  
12 Feststellung und Abwägung von Chancen und Risiken der Gentechnik.
- 13 - für die Sicherung des qualifizierten Nachwuchses durch Werbung und qualifizierte,  
14 möglichst heimatnahe Ausbildung.

## 15 **Forstwirtschaft**

16 Thüringen als „Grünes Herz Deutschlands“ verdankt in Vergangenheit und Gegenwart viel  
17 seinem Wald. Die weltweite Klimadiskussion, seine wirtschaftliche Nutzung, sein unser Land  
18 ganz wesentlich prägender Charakter aber auch die regelmäßig wiederkehrenden Diskussionen  
19 um den richtigen Umgang mit dem Wald, machen deutlich, dass wir ihm aber auch für die  
20 Zukunft unsere ganze Aufmerksamkeit widmen müssen:

- 21 - Das forstliche Ziel heißt: „Naturnaher Waldbau“, was nicht nur der Klimaentwicklung  
22 geschuldet ist. Der Waldumbau ist, soweit möglich, zu beschleunigen, geeignete  
23 Standorte sind im Hinblick auf die Verbesserung des örtlichen Klimas, der  
24 Verhinderung von Erosion und der Verbesserung des Grundwasserschutzes und der  
25 Grundwasserhaltung aufzuforsten. Fördermittel für Erstaufforstungen werden generell  
26 weiterhin ausgereicht.
- 27 - **Die Verwertung des heimischen Rohstoffes Holz ist unter ökonomischen aber  
28 auch unter ökologischen Gesichtspunkten z.B. als Energieträger zu optimieren.**
- 29 - Das Land muss sich den uneingeschränkten Zugang zum Wald als charakteristischem  
30 Landschaftselement, als Ressource und wichtiger Umweltfaktor, als Ort für Tourismus,

1           Wanderung, Reitsport – also zur Erholung der Bürgerinnen und Bürger Thüringens  
2           unbedingt erhalten.

3   **Die Jagd in Thüringen hat Tradition.** Neben der Nutzung des Wildes muss Jagd auch  
4   weiterhin dem Tier- und Artenschutz und dem Seuchenschutz dienen. Bei verständiger  
5   Wildbewirtschaftung ist zugleich den Interessen der Land- und Forstwirtschaft zu entsprechen.

6   Die Koppelung des Jagdrechts an das Grundeigentum muss unangetastet bleiben.

7   Drückjagden sind nur noch auf Schwarzwild zulässig. Auf anderes Schalenwild sind  
8   Bewegungsjagden verboten.

### 9   **Ländlicher Raum**

10   Thüringen ist durch wenige größere Städte als Ballungsräume und einen flächenmäßig  
11   überwiegenden Ländlichen Raum geprägt. Thüringen hat 998 Gemeinden mit 2,3 Mio.  
12   Einwohnern. Fast die Hälfte davon lebt in den 933 Gemeinden mit weniger als 5.000  
13   Einwohnern. Zugleich ist der Ländliche Raum geprägt von Überalterung und Abwanderung in  
14   die größeren Städte, benachbarte Bundesländer oder sogar ins Ausland.

15   Dies liegt zum einen daran, dass vernünftig bezahlte, höherwertige Arbeitsplätze fehlen, zum  
16   anderen an ungenügenden kulturellen Angeboten und Angeboten im Freizeitbereich. Hinzu  
17   kommt die sich nur allmählich verbessernde Verbindung in die Oberzentren, die auch in Zukunft  
18   nur Regionen an Hauptverkehrsadern begünstigen wird. Um langfristig die dauerhafte Verödung  
19   ganzer Landstriche zu vermeiden, muss der Entwicklung des Ländlichen Raumes in Thüringen  
20   auch in Zukunft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

21   Die FDP Thüringen tritt konsequent für eine Stärkung des Ländlichen Raumes in Thüringen ein.  
22   Er muss wettbewerbsfähig bleiben, die Erwerbsmöglichkeiten dort müssen stetig weiter-  
23   entwickelt werden, um kommunale und soziale Strukturen zu erhalten und die Abwanderung zu  
24   stoppen. Der Ländliche Raum verfügt zugleich über eine hohe natürliche Ressourcenausstattung  
25   und übernimmt damit wichtige ökologische und soziale Funktionen für Verdichtungsräume.  
26   Thüringens Ländlicher Raum soll lebens- und liebenswert sein. Er ist ein wesentliches Element  
27   der Lebensqualität in Thüringen.

### 28   **Der Ländliche Raum**

29       -   muss durch den Erhalt und, soweit notwendig, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gut  
30       erreichbar sein. Der Öffentliche Nahverkehr ist im Rahmen aller Möglichkeiten zu  
31       optimieren und zu unterstützen.

- 1 - braucht eine Erschließungsinfrastruktur (z.B. Wasserver- und Abwasserentsorgung,  
2 Straßenbau) die der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der jeweiligen Region  
3 angemessen ist. Insbesondere die Versorgung mit Breitbandkommunikation muss  
4 schnellstmöglich flächendeckend hergestellt werden.
- 5 - braucht eine ausreichende Bildungsinfrastruktur. Schulnetzplanungen der Landkreise nur  
6 mit Blick auf die Städte machen Kinder im Ländlichen Raum verstärkt zu „Fahr-  
7 schülern“. Kurze Wege für kurze Beine wird ein Grundsatz liberaler Bildungspolitik sein.
- 8 - soll verstärkt bei Erweiterungen oder Modernisierungen von Betrieben aller Sparten und  
9 Neuansiedlungen unterstützt werden.
- 10 - soll neben den Fördermaßnahmen des aktuellen EU-Programms ELER und der Gemein-  
11 schaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz für Land-, Forst und Fischereiwirtschaft  
12 auch landesseitig im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiterhin gefördert werden  
13 (z.B. Dorferneuerung, Integriertes ländliches Entwicklungskonzept, integrierte regionale  
14 Wirtschaftspolitik). Vorrangig sind Anreizmechanismen, um Hilfe zur Selbsthilfe zu  
15 gewährleisten.
- 16 - soll bei der Tourismusvermarktung und -förderung durch das Land stärker berücksichtigt  
17 und besser in die Gesamtvermarktung des „Grünen Herzens“ eingebunden werden.  
18 Noch manches historische Kleinod harret der Entdeckung!
- 19 - soll vor Zersiedelung, Versiegelung und Verlusten wertvoller Bodenflächen durch  
20 Ausgleichsmaßnahmen für urbane oder verkehrstechnische Großprojekte ebenso  
21 geschützt werden wie vor einer Entstellung der Landschaft durch großtechnische Bauten,  
22 wie z.B. Windkraftanlagen (WKA).

### 23 ***3.10 Bau und Infrastruktur - Entwicklung unterstützen statt behindern***

#### 24 **Bauleitplanung vereinfachen – schneller zum Baurecht.**

25 Das grundsätzlich sinnvolle und wichtige Instrument der Bauleitplanung hat sich durch  
26 komplizierte Genehmigungsprozesse und lange Verfahrensdauer zu einem Hemmnis für  
27 Investoren und Bürger entwickelt. Die Freien Demokraten setzen sich deshalb für eine weitere  
28 Vereinfachung und Beschleunigung von Bauleitplanverfahren ein:

- 29 - Abrundungssatzungen und Klarstellungssatzungen treten künftig durch einfachen  
30 Gemeinderatsbeschluss in Kraft ohne weitere Genehmigungspflichtigkeit (Ausnahme: die  
31 generelle Prüfung durch die Kommunalaufsicht).

- 1 - Träger Öffentlicher Belange (TÖB), die aus mehreren Fachbehörden (wie z.B.  
2 Landratsämter) bestehen, haben künftig die einzelnen Stellungnahmen der Fachbehörden  
3 bzw. Abteilungen des TÖB zu einer Stellungnahme zusammenzufassen. Bei  
4 widersprüchlichen Aussagen der einzelnen Fachbehörden hat die diesbezügliche  
5 Abwägung untereinander in Zuständigkeit des TÖB zu erfolgen.
- 6 - Die FDP Thüringen setzt sich in der Bundesgesetzgebung dafür ein, dass  
7 Fristverlängerungen bei TÖB-Beteiligung künftig entfallen. Eine derzeit gültige  
8 vierwöchige Frist für die Beteiligung als TÖB ist so großzügig bemessen, dass eine  
9 regelmäßige Verlängerung dieser Frist entbehrlich ist und Vorhaben behindert.

#### 10 **Bauordnung vereinfachen: schnell, verständlich und rechtssicher**

11 Die angebliche Vereinfachung der Thüringer Bauordnung (ThürBO) hat in der Praxis viel  
12 Rechtsunsicherheit gebracht. Die ThürBO ist deshalb so fortzuschreiben, dass eine tatsächliche  
13 Vereinfachung sowie Rechtssicherheit erreicht werden. Darüber hinaus ist der Zeitraum zu  
14 verkürzen, nach dessen Ablauf ein beantragtes Vorhaben als genehmigt gilt, sofern bis zum  
15 Ablauf dieser Frist kein anders lautender Bescheid eingeht (so genannte Genehmigungsfiktion).

16 Bei der Vergabe von öffentlichen Bauleistungen jeglicher Art, darf nicht nur die Höhe des Preises  
17 und der Qualität maßgebend sein. Ein wichtiger Faktor muss auch die Bauzeit dabei sein.  
18 Verlierer zeitintensiver Baumaßnahmen sind hauptsächlich die Anwohner und die  
19 Gewerbetreibenden.

20 Straßenausbausatzungen sind ebenfalls wichtig für das Lebensniveau und die Geldbörse der  
21 Bürger. Gerechtigkeit zwischen Städten und Gemeinden muss garantiert sein. Bei der Festlegung  
22 des Gemeinde-Anwohneranteils muss den örtlichen Räten nach ihren jeweiligen finanziellen  
23 Mitteln Freiheit gelassen werden.

24 Die Landesbauordnungen der Bundesländer müssen vereinheitlicht werden, um  
25 Planungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen und die bundesweite Tätigkeit von  
26 Architekten zu erleichtern.

27 Die Thüringer FDP setzt sich für die Ausweitung der Anwendung von Genehmigungsfiktionen  
28 im deutschen Baurecht ein. Durch die Schaffung einer Genehmigungsfiktion werden  
29 Verwaltungsverfahren beschleunigt und Verwaltungskapazitäten sinnvoll konzentriert. Einfache  
30 und typische Verfahren (zum Beispiel die Genehmigung von Einfamilienhäusern) können durch  
31 die Genehmigungsfiktion zügig ohne intensivere Prüfung abgeschlossen werden.

32 Das Einvernehmen der Gemeinde gilt als erteilt, wenn es nicht binnen eines Monats verweigert  
33 wird. Der Fristbeginn richtet sich nach dem Eingang des Ersuchens bei der Gemeinde.

## 1 4 Steuern, Finanzen und Haushalt

### 2 4.1 *Steuerpolitische Forderungen*

3 Die Bürgerinnen und Bürger verlieren zunehmend das Vertrauen in einen fairen und gerechten  
4 Staat. Steuern werden nicht als angemessener Beitrag an der Finanzierung der staatlichen  
5 Aufgaben wahrgenommen, im Gegenteil: sie werden als ungerecht und unangemessen  
6 empfunden. Steuern sind nötig, ohne sie kann der Staat seine Aufgaben nicht erfüllen. Ihre  
7 Erhebung muss aber gerecht erfolgen. Gerechte Besteuerung ist ein wesentlicher Aspekt der  
8 Leistungsgerechtigkeit. Diese ist Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, für beides steht die  
9 FDP.

10 Wir wollen nicht durch immer höhere Steuerbelastungen immer höhere Transferleistungen  
11 finanzieren, weil so die Leistungsanreize verringert und mehr Ungerechtigkeit herbeigeführt  
12 werden. **Unser Steuersystem ist zu kompliziert, leistungsfeindlich und daher ungerecht.**  
13 **Aus diesem Grund ist eine Steuervereinfachung in allen Bereichen ein wesentliches Ziel**  
14 **für uns.**

15 Wir wollen ein verständliches, gerechtes und faires Steuer- und Transfersystem erreichen, mit  
16 einer konsequenten Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, Unterstützung bei Bedürftigkeit –  
17 bei gleichzeitiger Förderung von Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative.

### 18 4.2 *Leistungsgerechtes Bürgergeld*

19 Wir fordern die Einführung des **Liberalen Bürgergeldes** mit dem Ziel, die Prinzipien der  
20 Sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu setzen - für mehr Wachstum und Beschäftigung in  
21 Deutschland.

22 Mit dem liberalen Bürgergeld sollen möglichst viele steuerfinanzierte Sozialleistungen  
23 (Arbeitslosengeld II (einschl. Leistungen für Wohnen und Heizen, Sozialgeld, Grundsicherung,  
24 Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), Kinderzuschlag und Wohngeld) in  
25 einen Universaltransfer zusammengefasst werden. Voraussetzung für das Bürgergeld sind  
26 Bedürftigkeit und Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme. Daher wird bei Ablehnung einer  
27 zumutbaren angebotenen Arbeit das Bürgergeld gekürzt. Bedürftige erhalten Hilfe aus einer  
28 Hand!

29 **Glück lässt sich nicht als Sozialleistung organisieren.** Die FDP Thüringen steht für eine  
30 freiheitliche Wirtschaftsordnung, in der Eigenverantwortung zählt. Das freie Zusammenwirken  
31 der Menschen dieser Region führt so, dank der ihnen gewährten Freiheit, zu Wachstum und  
32 Wohlstand. Staat und Politik können sich nicht über ökonomische Gesetzmäßigkeiten

1 hinwegsetzen, um Wohlstand und Gerechtigkeit zu erreichen. Soziale Sicherheit ist jedoch die  
2 Voraussetzung für Teilhabe an Freiheit. Es geht daher um bessere Chancen für alle. Sie sind aber  
3 nur auf der Basis einer auf Beschäftigung und Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik  
4 möglich. Deshalb fordert die Thüringer FDP die Einführung des **Liberalen Bürgergeldes** mit  
5 dem Ziel, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu setzen – für mehr  
6 Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

7 Nach dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe soll der Sozialstaat jedem Bürger die Chance  
8 sichern, so weit wie möglich aus eigener Kraft ein selbst bestimmtes Leben führen zu können.  
9 Nach dem Leistungsprinzip soll jeder Bürger die Chance bekommen, seine Lebenssituation  
10 eigenverantwortlich durch eigene Leistung zu verbessern. Nur ein Bürgergeld, welches sich strikt  
11 an der Bedürftigkeit orientiert, erhält das Leistungsprinzip und sorgt so für Gerechtigkeit. Die  
12 FDP lehnt eine Regelung ab, die Arbeitslose lediglich finanziell ruhig stellt, sie aus dem  
13 Erwerbsleben aussondert und ihnen so die Chance auf eine Rückkehr in den Arbeitsprozess  
14 verbaut.

15 Mit dem liberalen Bürgergeld sollen möglichst viele steuerfinanzierte Sozialleistungen  
16 (Arbeitslosengeld II (einschl. Leistungen für Wohnen und Heizen), Sozialgeld, Grundsicherung,  
17 Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), Kinderzuschlag und Wohngeld) in  
18 einen Universaltransfer zusammengefasst werden. Voraussetzung für das Bürgergeld sind  
19 Bedürftigkeit und Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme. Daher wird bei Ablehnung einer  
20 zumutbaren angebotenen Arbeit das Bürgergeld gekürzt. Bedürftige erhalten Hilfe aus einer  
21 Hand! Bei der Berechnung des Bürgergeldanspruches werden alle Erwachsenen und Kinder einer  
22 sogenannten Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt. Zur Bedarfsgemeinschaft zählen alle Personen,  
23 die in einem Haushalt leben, soweit sie sich unterhaltsverpflichtet sind. Kinder erhalten dabei  
24 einen eigenen Bürgergeldanspruch im Rahmen der Bedarfsgemeinschaft. Zusätzliche Pauschalen  
25 werden bei Nichterwerbsfähigkeit, für Ausbildung oder bei Behinderungen gewährt. Regionale  
26 Besonderheiten bei den Wohnkosten können mit Zuschlägen berücksichtigt werden.

27 **Das Bürgergeld wird vom Finanzamt berechnet und ausgezahlt.** In die Berechnung  
28 einbezogen werden dabei auch Steueransprüche, Kindergeldansprüche und gegebenenfalls  
29 Zuschüsse zur Kranken- oder Pflegeversicherung.

30 Durch das Bürgergeld soll die Aufnahme einer eigenen Erwerbstätigkeit stärker gefördert und  
31 anerkannt werden, als bisher. Dazu soll die Anrechnung eigenen Arbeitseinkommens auf das  
32 Bürgergeld wie folgt ausgestaltet werden:

33 Für den erwerbsfähigen Alleinstehenden ohne Mehrbedarf wird ein **Freibetrag** von 100 Euro  
34 gewährt. Darüber hinaus bleiben von eigenem Einkommen bis 600 Euro 40 Prozent des

1 Bruttoarbeitseinkommens anrechnungsfrei; von 600 Euro bis zum Auslaufen des Bürgergeldes  
2 60 Prozent des Bruttoarbeitseinkommens.

3 Wir wollen zugleich die private Altersvorsorge gegenüber staatlichem Zugriff besser schützen.  
4 Dazu soll das Schonvermögen für private oder betriebliche Altersvorsorge einschließlich der  
5 Riester- und Rürup-Renten verdreifacht werden und 750 Euro je Lebensjahr betragen. Zusätzlich  
6 bleibt sonstiges Vermögen bis zu 250 Euro je Lebensjahr bei Berechnung des Bürgergeldes  
7 anrechnungsfrei.

8 Wir wollen jede Erwerbstätigkeit fördern und sie gegenüber dem Erhalt von Transferleistungen  
9 besser stellen. Wir wollen die Einkommensgrenze für Minijobs ohne Abgaben von bisher 400 auf  
10 600 Euro erhöhen. Bei Einkommen zwischen 600 und 1000 Euro muss der Arbeitsgeber gleitend  
11 ansteigende Sozialabgaben bezahlen. Volle Sozialversicherungsbeiträge sind bei Einkommen über  
12 1000 Euro zu entrichten.

13

14 Je nach Höhe des Einkommens werden Sozialversicherungsbeiträge und Steuern fällig. In  
15 Verbindung mit unserem Steuerkonzept wird sichergestellt, dass sich die **Aufnahme einer**  
16 **Arbeit immer lohnt** – auch bei Aufnahme einer gering bezahlten Tätigkeit.

17 Die FDP ist gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen. Sie führen zu einer  
18 Verdrängung von Arbeitsplätzen und zur weiteren Ausbreitung der Schwarzarbeit. Unter  
19 gesetzlichen Mindestlöhnen leiden vor allem Langzeitarbeitslose, denen nahezu jede Aussicht auf  
20 eine neue Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt genommen wird. Reichen geringe Löhne nicht  
21 aus um den Lebensunterhalt zu gewährleisten, greift unterstützend das Bürgergeld und sichert so  
22 jedem Betroffenen das nötige Mindesteinkommen.

### 23 ***4.3 Gerechte Steuer – verständliche Regeln und ein einfacher Stufentarif***

24 Für die Bürger muss das Steuerrecht wieder einfach und verständlich werden. Ausnahmen  
25 müssen konsequent abgeschafft und alle Bürger entsprechend ihrer individuellen  
26 Leistungsfähigkeit gleichmäßig und gerecht besteuert werden.

27 Die Kernpunkte des FDP-Modells einer einfachen, niedrigen und gerechten Besteuerung: Jedem  
28 Steuerbürger, seinem Ehegatten und seinen Kindern steht zunächst ein Grundfreibetrag von  
29 8.000 Euro zu. Das heißt, eine vierköpfige Familie zahlt bis zu einem Einkommen von 32.000  
30 Euro pro Jahr keine Steuern.

31 Für Alleinstehende gilt: Für Einkommen bis 20.000 Euro sind 10% Steuern zu zahlen, 25% fallen  
32 für den Einkommensteil zwischen 20.000 Euro und 50.000 Euro an, 35% für Einkommen

1 darüber. Bei Ehegatten verdoppelt sich jeweils der Betrag, ab dem der nächst höhere Steuersatz  
2 gilt.

3 Arbeitnehmer können berufsbedingte Aufwendungen ohne Nachweis durch eine  
4 Aufwendungspauschale von 2% der Einnahmen, mind. 200 € und höchstens 5.000 € geltend  
5 machen. Bei höheren Kosten ist der Einzelnachweis möglich. Sämtliche Beiträge zur sozialen  
6 Absicherung sind bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze uneingeschränkt abziehbar.  
7 Kinderbetreuungs- und Pflegekosten können bis zu 12.000 € pro Jahr gegen Nachweis der  
8 Kosten steuerlich geltend gemacht werden und werdende Eltern erhalten in den drei letzten  
9 Monaten vor der Geburt einen zusätzlichen Freibetrag von 2.000 € für die zusätzlichen  
10 Belastungen.

11 Für Sparer und Kapitalanleger ist die Einführung einer Abgeltungssteuer grundsätzlich zu  
12 begrüßen. Der Anlagestandort und Finanzplatz Deutschland wird wieder attraktiv. Die  
13 Kapitalflucht wird gestoppt. Steuerhinterziehung bei Kapitaleinkünften wird in Deutschland  
14 unmöglich. Der Steuerabzug an der Quelle macht übermäßige Kontrollverfahren überflüssig. Das  
15 Bankgeheimnis erhält seinen hohen Stellenwert im Rechtsstaat zurück. Allerdings sind wir gegen  
16 die Einbeziehung privater Veräußerungsgewinne in den Geltungsbereich der Abgeltungssteuer,  
17 weil dadurch insbesondere die Altersvorsorge beeinträchtigt wird. Die bestehenden Regelungen  
18 sind diesbezüglich zu reformieren.

19 Einkommenssteigerungen führen wegen des progressiven Tarifverlaufs zu höheren Steuersätzen  
20 und damit zu Steuerbelastungen. Um eine inflationsbedingte „kalte Progression“ zu verhindern,  
21 fordern wir eine Verpflichtung zur Überprüfung und ggf. Anpassung des steuerlichen  
22 Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags und des Steuertarifs im Abstand von zwei Jahren.

#### 23 **4.4 Gerechte Steuern für Unternehmen**

24 Für die Unternehmen wird ein international wettbewerbsfähiges und rechtsformneutrales  
25 Steuerrecht geschaffen. Die Unternehmen können ihre wirtschaftlichen Entscheidungen  
26 unbeeinflusst vom Steuerrecht treffen. Umwandlungen können ohne Besteuerung der stillen  
27 Reserven durchgeführt werden solange keine Entnahme zum privaten Gebrauch stattfindet.

28 Die Gewerbesteuer wird abgeschafft. Die Gemeinden erhalten eine sichere und planbare  
29 Ersatzfinanzierung, die neben einem gleichen Zuschlag auf die Einkommen- und  
30 Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht eine Anhebung des gemeindlichen Anteils an der  
31 Umsatzsteuer von derzeit 2,2 Prozent auf 12 Prozent vorsieht.

1 Um gerade in der Krise Investitionen von privaten Unternehmen zu unterstützen, fordern wir die  
2 Wiedereinführung der degressiven Abschreibung und der Sofortabschreibung geringwertiger  
3 Wirtschaftsgüter, einschließlich deren Anhebung auf 1.000 €.

4 Unsere Vorschläge stärken den Mittelstand und machen derzeitige komplizierte  
5 Tarifierleichterungen, wie die Thesaurierungsrücklage überflüssig.

#### 6 ***4.5 Mut zum zukunftsweisenden Umgang mit der Erbschaftsteuer***

7 Jeder Euro, der heute vererbt wird, stammt aus versteuertem Einkommen und ist bereits  
8 mehrfach besteuert. Auch Vermögenserträge in Form von Zinsen werden steuerlich erfasst.  
9 Tatsache ist auch, dass die Neuregelung der großen Koalition familien- und mittelstandsfeindlich  
10 ist. Für die nachfolgenden Generationen und die Attraktivität des Investitions- und  
11 Kapitalanlagestandorts Deutschland wollen wir nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten  
12 wie Schweden oder Österreich einen vollständigen Verzicht auf die Erhebung von  
13 Erbschaftsteuer erreichen. Die kann für Thüringen ein Wettbewerbsvorteil bei der Ansiedlung  
14 oder auch Umsiedlung mittelständischer Unternehmen aus Ländern, in denen eine  
15 Erbschaftssteuer erhoben wird, sein.

#### 16 ***4.6 Konsequente Umstellung des Umsatzsteuersystems von Soll- auf Ist-Besteuerung***

17 Wir fordern damit eine Umstellung dahingehend, dass die Umsatzsteuer für Ausgangsumsätze  
18 generell erst dann anzumelden und abzuführen ist, wenn der Unternehmer das Geld vom  
19 Leistungsempfänger erhalten hat. Die Einführung der umfassenden Ist-Versteuerung auf der  
20 Ausgangsseite vereinfacht das Umsatzsteuerverfahren und dürfte eine Erleichterung für viele  
21 Unternehmen sein, die heute über schlechte Zahlungsmoral auch der öffentlichen Hand klagen.  
22 Von der Umstellung profitieren letztlich alle Unternehmen.

#### 23 ***4.7 Generelle Überprüfung aller geltenden Umsatzsteuersätze und*** 24 ***Ausnahmeregelungen***

25 Für Bergbahnen und Sessellifte gilt ab dem 1.1.2012 ein ermäßigter Steuersatz von 7 %, für  
26 wichtige Dinge des täglichen Bedarfs wie Arzneimittel oder Energie dagegen weiterhin der  
27 Regelsteuersatz von 19 Prozent. Die Deutsche Post wird steuerlich privilegiert gegenüber ihren  
28 Konkurrenten, für land- und forstwirtschaftliche Betriebe kommen u.U. weitere Sätze von 5,5  
29 Prozent und 10,7 Prozent zur Anwendung. Selbst die Steuerpflichtigen wissen oft nicht, für  
30 welches ihrer Produkte welcher Steuersatz gilt. Wir fordern alle diese Regelungen auf den  
31 Prüfstand zu stellen mit dem Ziel eines einfacheren und transparenteren Umsatzsteuersystems.

#### 1 **4.8 Haushaltssolidierung und Finanzverwaltung**

2 Für den Staatshaushalt – egal ob Bund, Länder oder Gemeinden – muss grundsätzlich gelten: Die  
3 Ausgaben richten sich nach den Einnahmen, nicht umgekehrt. Eine investitions- und  
4 leistungsfreundliche Steuerpolitik muss mit einer soliden Haushaltspolitik verbunden werden.  
5 Steuervereinfachungen bringen Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Zusätzlich fordern  
6 wir aber die Einführung eines Neuverschuldungsverbotes.

#### 7 **Haushalt und Finanzen**

8 Die Bevölkerung Thüringens ist seit der Wiedervereinigung um eine halbe Millionen Einwohner  
9 von 2,7 auf 2,2 Mio. Einwohner geschrumpft. Die Schulden des Freistaats entwickelten sich  
10 dagegen seit 1992 von unter 1,6 Milliarden Euro auf den Rekordstand von ca. 16 Milliarden Euro  
11 im Jahr 2008. Beide Faktoren zusammen, der Bevölkerungsschwund einerseits und die  
12 Schuldensteigerung andererseits bewirken, dass die Verschuldung in Thüringen von 600 € je  
13 Einwohner im Jahre 1992 auf nunmehr über 7.000 € geklettert ist.

#### 14 **Schuldenbetrachtung**

15 Die Verfassung bindet bisher die Aufnahme von Schulden an das Volumen staatlicher  
16 Investitionen. Da der grundgesetzliche Investitionsbegriff unklar ist und weder Finanz-  
17 investitionen noch pure Ersatzinvestitionen ausgeklammert noch Desinvestitionen in Abzug  
18 gebracht werden, ist die Schuldengrenze weder ökonomisch vertretbar noch in der Praxis  
19 wirksam. Zudem kann für den Fall einer „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“  
20 auch diese ohnehin sehr weiche Grenze legal überschritten werden.

21 Die FDP begrüßt daher, dass die Landesregierung endlich die Forderung der FDP nach einem  
22 prinzipiellen Neuverschuldungsverbot aufgegriffen hat, wonach es nur noch in besonderen  
23 Situationen möglich sein darf, neue Schulden zu machen. Für uns steht fest, dass es keine  
24 Alternative zum Sparkurs gibt, wenn wir nicht die Zukunft der jüngeren und zukünftigen  
25 Generationen aufs Spiel setzen wollen.

26 Die Einnahmen Thüringens aus Bundes- und EU-Mitteln werden sich in den nächsten zehn  
27 Jahren deutlich verringern. Diese Mindereinnahmen müssen durch ein erhöhtes  
28 Steueraufkommen und durch eine konsequente Ausgabenreduzierung kompensiert werden, um  
29 die Handlungsunfähigkeit des Landes durch weitere Verschuldung zu vermeiden.

30 Die jährlichen Zinszahlungen auf die angehäuften Schulden in Höhe von 700 Mio. € sind eine  
31 der Ursachen für das strukturelle Defizit im Landeshaushalt. Das Land ist betriebswirtschaftlich  
32 betrachtet überschuldet. Diese Feststellung trifft zu, unabhängig davon, ob auf Grund  
33 konjunktureller Einflüsse das Steueraufkommen vorübergehend steigt oder sinkt. Das finanzielle

1 Gleichgewicht des Landes kann nicht durch zeitweise steigende Einnahmen, sondern muss durch  
2 dauerhafte Senkung des Ausgabenniveaus hergestellt werden.

### 3 **Einnahmen**

4 Steuern und Abgaben stellen einen großen Teil der Einnahmen des Landes Thüringen dar. Im  
5 Haushaltsjahr 2007 waren dies bei einem Gesamthaushalt von rund 9 Milliarden Euro rund 4,1  
6 Milliarden Euro. Das heißt, weniger als die Hälfte der Ausgaben des Landes ist durch eigenes  
7 Steueraufkommen gedeckt. Für 2009 sieht der Entwurf entsprechend der Steuerschätzung  
8 Einnahmen in Höhe von ca. 5 Milliarden Euro vor. Ob dies angesichts der Krise realistisch ist,  
9 darf bezweifelt werden.

10 Die FDP ist der Auffassung, dass es ständiges Ziel sein muss, bei den Haushaltseinnahmen  
11 sowohl die absolute Summe der Steuern als auch den Anteil der Steuern an den  
12 Gesamteinnahmen zu erhöhen, allerdings nicht durch die Erhöhung einzelner Steuern, sondern  
13 durch die Stärkung der Steuerkraft der Wirtschaft, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen  
14 in Thüringen und durch eine stabilere Bevölkerungsentwicklung, wodurch Thüringen in Summe  
15 letztlich mehr Einnahmen erzielen würde.

### 16 **Ausgaben**

17 Subventionen müssen abgebaut werden. Im Subventionsbericht der Landesregierung sind neben  
18 klassischen Subventionen auch die verschiedenartigsten Fördertatbestände erfasst. Das bisherige  
19 Gesamtfördervolumen kann sich Thüringen aber nicht mehr leisten, weil es neue Prioritäten  
20 verhindert und den Schuldenstaat zementiert. Trotzdem muss es auch künftig finanzielle Hilfen  
21 des Landes geben – zum Beispiel im Sozialbereich, für Kunst und Kultur, für den Nahverkehr,  
22 zur Unterstützung von Existenzgründern. Unsere Zielsetzung ist es, alle Fördertatbestände  
23 Thüringens auf den Prüfstand zu stellen, im Hinblick auf ihre Effizienz und Effektivität zu  
24 evaluieren, soweit wie möglich zu befristen und im Gesamtvolumen zu verringern.

25 Wer die öffentlichen Ausgaben den ordentlichen Einnahmen anpassen will, kommt nicht umhin,  
26 den Personalbestand des Landes zu verringern. Eine langfristig wirksame weitere Verringerung  
27 der Personalkopfzahl ist also im Interesse des finanziellen Gleichgewichts des Landes  
28 unerlässlich. Sie ist aber bei unverändertem Aufgabenzuschnitt nicht möglich, sondern produziert  
29 vielmehr Fehler, Frust und Leistungsverlust bei den Beschäftigten.

30 Der oft und gern geäußerten pauschalen Kritik an den Beamten und Angestellten des  
31 öffentlichen Dienstes schließt sich die FDP deshalb ausdrücklich nicht an.

1 Eine konsequente Aufgabenkritik ist als Grundlage einer Diskussion über den Personalbestand  
2 unerlässlich. Während die CDU Landesregierung seinerzeit zuerst die Struktur der Behörden  
3 änderte und dann die Aufgabenkritik durchführte, wollen die Liberalen auf der Grundlage der  
4 Ergebnisse der Aufgabenkritik den künftigen personellen und sachlichen Zuschnitt von  
5 Ministerien und Behörden festlegen. Dabei sind alle Aufgaben u.a. daraufhin zu überprüfen, ob  
6 sie überhaupt zum Bereich staatlicher Pflichten gehören und – wenn ja – ob ihre Umsetzung an  
7 Dritte vergeben werden kann. Dabei geht es um „echte“ Privatisierungen und nicht nur  
8 Organisationsprivatisierungen wie von der derzeitigen Landesregierung favorisiert.

9 Beteiligungen Thüringens die - ganz oder im bisherigen Umfang – im Landesinteresse nicht  
10 erforderlich sind, werden planmäßig und nach Maßgabe der Marktmöglichkeiten veräußert. Wir  
11 werden dafür sorgen, dass Thüringen eine Beteiligungsstrategie entwickelt. Jede bestehende  
12 Landesbeteiligung wird darauf untersucht, ob sie im Landesinteresse – und wenn ja, im  
13 bisherigen Umfang oder eventuell mit einem geringeren Anteil – überhaupt noch sinnvoll ist.  
14 Neue Beteiligungen werden nur erworben, wenn vorher ein politisch definierter Kriterienkatalog  
15 abgearbeitet ist. Für individuelle Vorlieben gibt es keinen Raum.

16 Die kommunale Selbstverwaltung wird immer wieder durch staatliche Eingriffe, zentralistische  
17 Lenkungsmaßnahmen und Aufgabenzuweisungen ohne gleichzeitige Sicherstellung der zur deren  
18 Umsetzung erforderlichen Mittelausstattung untergraben.

19 Wir bekennen uns ausdrücklich dazu, die Autonomie der kommunalen Ebene zu unterstützen  
20 und auszubauen. Die Prinzipien der Subsidiarität (jede Aufgabe wird auf der für sie am besten  
21 geeigneten Ebene erledigt) und der Konnexität (keine Zuweisung von Aufgaben ohne  
22 finanziellen Ausgleich) sind strikt zu befolgen.

23 Die Tatsache, dass zahlreiche kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie die meisten Kreise  
24 und kreisfreien Städte nicht in der Lage sind, ihren Verwaltungshaushalt auszugleichen, ist ein  
25 Indiz dafür, dass die Finanzausstattung der kommunalen Ebene vom Grundsatz her überprüft  
26 und neu konzipiert werden muss. Die FDP hat ein eigenständiges und schlüssiges Konzept zur  
27 bundesweiten Reform der Kommunalfinanzen entwickelt, das folgende Kernelemente beinhaltet:

28 1 Ersatz der überholten, stark schwankenden, schwer prognostizierbaren und  
29 mittelstandsfeindlichen Gewerbesteuer,

30 2 Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes auf die Einkommen- und  
31 Körperschaftsteuer im Rahmen der von den Liberalen vorgeschlagenen Gesamtreform der  
32 direkten Steuern einschließlich der Unternehmensbesteuerung,

33 3 erheblich ausgeweitete Beteiligung der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen,

1 4 Zuweisung der Umsatzsteuer nach den in der Kommune bestehenden  
2 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

3 Eine Thüringengerechte Finanzpolitik betrachtet die Einnahmen aus Steuern und Abgaben als  
4 treuhänderisches Vermögen der Bürgerinnen und Bürger, das gemeinwohlorientiert und  
5 gewinnbringend zu verwenden ist.

6 **Die Thüringer Liberalen stehen für einen haushaltspolitischen Paradigmenwechsel – für  
7 eine Thüringengerechte Finanzpolitik.**

8 Dieser Politikansatz ist nicht auf eine Legislaturperiode beschränkt, sondern als Langstreckenlauf  
9 anzusehen in Richtung auf das Jahr 2019, wenn der Solidarpakt II ausläuft und Thüringen  
10 erheblich weniger Einnahmen aus der gesamtstaatlichen Umverteilungsschatulle erhält.

11 **Liberale Haushalts- und Finanzpolitik bedeutet** Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und  
12 Zielgenauigkeit.

13 - Verlässlichkeit heißt: Zusagen des Staates werden eingehalten. Aber auch, dass Prioritäten  
14 bei der staatlichen Aufgabenerfüllung gesetzt und mithin wichtiges und notwendiges von  
15 wünschenswertem getrennt wird.

16 - Nachhaltigkeit bedeutet: Denken in Generationen und nicht nur im hier und heute. Bei  
17 den Ausgaben ist daher der Infrastruktur und den Investitionen Vorrang vor dem  
18 Konsum einzuräumen. Langfristiger Nutzen geht vor Strohuereffekt.

19 - Zielgenauigkeit meint: Die Maßnahmen, für die Geld eingesetzt wird, sind hinsichtlich  
20 des Umsetzungserfolges zu kontrollieren. Erfolgskontrolle darf nicht nur auf dem Papier,  
21 sondern muss auch in der Praxis stattfinden.

22 **Wer uns Thüringer Liberalen sein Steuergeld anvertraut, kann sich darauf verlassen, dass  
23 es effektiv und verantwortungsbewusst zum Einsatz kommt.**

## 1 5 Kultur und Medien

### 2 5.1 Kultur mit internationalem Anspruch

3 Die FDP bekennt sich zur besonderen Rolle der Kultur in Thüringen.

4 Durch seine Geschichte verfügt Thüringen über eines der dichtesten Netze von Theatern,  
5 Orchestern, Museen, Burgen und Schlössern in Deutschland. Dieses unverwechselbare Erbe ist  
6 einer der stärksten Standortfaktoren unseres Landes. Dies zu erhalten und für die Nachkommen  
7 zu sichern ist Verpflichtung und Herausforderung, es erfordert besondere Anstrengungen. **Der**  
8 **Erhalt unserer kulturellen Lebensgrundlagen ist für Thüringen von besonderer**  
9 **Bedeutung.** Kulturpolitik für Thüringen ist Thüringengerechte Politik.

10 Kultur ist Vielfalt. Kultur gehört allen. Kultur prägt unser Leben, macht es schön und  
11 abwechslungsreich und begegnet uns täglich nicht nur in Film, Theater oder Oper. Kultur ist  
12 Bildungs-, Wirtschafts- und damit Standortfaktor und spielt bei der Bekämpfung der  
13 Abwanderung und der Förderung der ländlichen Regionen eine zentrale Rolle.

14 Von der „Kulturwirtschaft“ partizipieren nicht nur die Künstler, sondern die unterschiedlichsten  
15 mittelständischen Unternehmen wie Verlage, Druckereien, Buchbindereien, Werbe- und  
16 Künstleragenturen, Kunsthandwerker, alle touristischen Bereiche und der Einzelhandel.

17 Es sind die Kommunen, die zunächst für alle Formen der kulturellen und künstlerischen  
18 Entwicklung vor Ort Verantwortung tragen. Die Kulturförderung bietet im Rahmen der  
19 kommunalen Selbstverwaltung Freiräume für die Ausprägung der Identität eines Ortes an.  
20 Deshalb sollte bei kommunalen Entscheidungen im Kulturbereich neben ökonomischen  
21 Erwägungen noch stärker als bisher die Auswirkung auf die Lebensqualität der Bürger und ein  
22 vielfältiges Kulturangebot beachtet werden. Auch hier gilt es, die Lebensqualität zu steigern, um  
23 der Abwanderung zu begegnen.

24 **Deshalb werden wir Liberalen Schwerpunkte bei der öffentlichen Kulturförderung setzen:**

- 25 1. Die Fördermodelle in Thüringen müssen einfacher, transparent und ressortübergreifend  
26 sein. Dies gilt vor allem bei der kulturellen Jugendbildung.
- 27 2. Neue Betriebs- und Organisationsformen der Kulturwirtschaft müssen in die Förderung  
28 einbezogen werden. Dies gilt auch für freie Träger kultureller Angebote.
- 29 3. Vom Land getragene Kultureinrichtungen sollen auf dem Wege von Zielvereinbarungen  
30 langfristige Planungssicherheit erhalten, was eine wirtschaftliche Erfolgskontrolle  
31 einschließt.

## 1 **Die FDP Thüringen setzt sich ein:**

- 2 - für Musik- und Kunstunterricht an den Schulen in allen Jahrgangstufen, der dort
- 3 verpflichtend stattfindet;
- 4 - für ein Projekt ‚Jedem Kind ein Instrument‘, z.B. durch die verstärkte Einführung von
- 5 Musikinstrumenten-Klassen in den Schulen;
- 6 - für die Etablierung alternativer Betriebsformen, wie z.B. Stiftungen, im Bereich der
- 7 staatlich geförderten Kulturinstitutionen.

8 Dennoch wird bei der künftigen Thüringer Kulturpolitik nicht allein das Land in die Pflicht  
9 genommen. Auch die Theater und Orchester müssen ihren Teil zum Erhalt beitragen.

- 10 1. Hierzu gehören eine Theater- und Orchesterplanung ebenso, wie weitere strukturelle
- 11 Reformen innerhalb der Orchester und Theater.
- 12 2. Die Sicherung der finanziellen Grundausrüstung darf nicht als Freibrief verstanden
- 13 werden. Aus Sicht der Thüringer Liberalen sind Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit
- 14 Faktoren, die das Publikumsinteresse heben und andererseits die Position der Theater
- 15 und Orchester stärken können.

16 Ausgaben für Kultur sind Investition in die Zukunft Thüringens. Die Geistes-, Sozial- und  
17 Kulturwissenschaften sind das Langzeitgedächtnis unserer Gesellschaft. Sie leisten einen  
18 unschätzbaren Beitrag zur Sicherung und Aufbereitung unseres kulturellen Erbes für jetzige und  
19 künftige Generationen, indem sie sich mit Kulturphänomenen unterschiedlichster Ausprägung  
20 befassen und gleichzeitig als Orientierungswissenschaft die Grundlagen für die  
21 Innovationsfähigkeit der Gesellschaft schaffen.

## 22 **5.2 Denkmalschutz**

23 Thüringen – Das Land der Burgen, Schlösser und Denkmale. Liberale messen dem  
24 Denkmalschutz besondere Bedeutung bei. Die Erhaltung und Pflege des architektonischen und  
25 archäologischen Erbes ebenso wie von Natur- und Flächendenkmälern bewahrt den  
26 unverwechselbaren Charakter Thüringens. Denkmäler sind zentrale Bestandteile unserer  
27 geschichtlichen und kulturellen Identität. Gleichzeitig ist Denkmalschutz ein Faktor regionaler  
28 Wirtschaftspolitik, denn intakte historische Stadtkerne sind attraktive Standorte für Einzelhandel  
29 und Kleingewerbe und intakte Landschaften und Naturmonumente sind attraktive Ziele für den  
30 Fremdenverkehr.

### 1 **5.3 Medien**

#### 2 **Liberale Medienpolitik fördert den technischen Fortschritt und die mediale Vielfalt.**

3 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, private Anbieter und Bürgermedien, wie offene Kanäle, nicht  
4 kommerzielle Anbieter, freie Radios prägen diese Vielfalt und sind zu erhalten. Projekte zur  
5 Vermittlung von Medienkompetenz und die Medienforschung werden unterstützt.

6 Thüringen ist das Kindermedienland und ein Medienkompetenzland mit vielen lokal geprägten  
7 Medienwelten. **Diese Stärke ist weitgehend unbekannt.** Deshalb unterstützt die FDP den  
8 Auf- und Ausbau besserer Vermarktungs- und Vernetzungsstrukturen sowie weitere  
9 Existenzgründungen von Medienunternehmen. Die FDP will die mediale Vielfalt und ein  
10 gemeinsames Miteinander von öffentlich-rechtlichem Rundfunk, privaten Anbietern und  
11 Bürgermedien – wie Offene Kanäle, und Nicht-Kommerzielle-Radios – gewährleisten.

12 Die FDP ist für eine **umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** bei  
13 Beibehaltung des Dualen Systems und der föderalen Strukturen: Werbefreiheit, klare Definition  
14 des Programmauftrags, einheitliche Qualitätsmaßstäbe, Sparsamkeit und eine einheitliche  
15 Aufsicht über alle Rundfunkanbieter beim Jugendmedienschutz.

16 **Der Prozess der Digitalisierung ist zu beschleunigen. Eine flächendeckende Versorgung**  
17 **mit Breitband-Internetzugang ist zu gewährleisten.**

18 **Wir sind gegen die Rundfunkgebühr.** Wir setzen uns für die Abschaffung der bestehenden  
19 Geräte bezogenen Rundfunkgebühr und die Einführung einer gerechten allgemeinen  
20 Medienpauschale in Höhe von acht bis zehn Euro für jeden volljährigen Bürger ein. Denn  
21 Medienkonsumenten sind inzwischen alle. Diese Rundfunkabgabe ist unabhängig von der Anzahl  
22 betriebener Geräte. Unternehmer und öffentliche Einrichtungen werden spürbar entlastet.  
23 Zudem hätten Schwarzseher keine Chance, da die Zahlung direkt an das zuständige Finanzamt zu  
24 entrichten ist. Bis zu dieser Umstellung setzt sich die FDP Thüringen für eine Änderung der  
25 GEZ-Gebührenabrechnung bei Pensionen und Hotels ein. Die GEZ-Zahlung muss sich nach  
26 der tatsächlichen Zimmerauslastung richten. Abgeschafft wird die derzeit geltende Zahlung  
27 pauschal nach Anzahl der gemeldeten Zimmer, die die tatsächliche Auslastungsquote  
28 unberücksichtigt lässt.

29 **Die FDP Thüringen wendet sich gegen die Übermittlung persönlicher Daten an die GEZ**  
30 **durch die Einwohnermeldeämter.** Die FDP wird die Weitergabe der Daten an eine Behörde  
31 wie die GEZ verbieten und unter Strafe stellen.

32

## 1 6 Gesundheit, Familie und Sozialpolitik

### 2 6.1 Gesundheitspolitik für Thüringen

3 Die Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Allerdings hat sich in den letzten Jahren  
4 durch verfehlte Gesundheitspolitik der rot-grünen wie auch der schwarz-roten Bundesregierung  
5 die Gesundheitsversorgung in Deutschland und Thüringen verschlechtert. Leidtragende dieser  
6 Politik sind vor allem die Patienten, die sich mit den Folgen der Rationierung und Zuteilung  
7 auseinandersetzen müssen.

8 **Die flächendeckende Versorgung mit Allgemeinmedizinern wird in Thüringen**  
9 **zunehmend ein großes Problem:** Viele niedergelassene Ärzte finden für ihre Arztpraxen keine  
10 Nachfolge mehr. Junge Mediziner wollen oftmals nicht das Risiko einer unplanbaren  
11 Selbständigkeit eingehen, und ziehen lukrative Berufsangebote aus anderen Ländern den  
12 Aussichten auf schlechte Entlohnung in Thüringen vor. **Das In- und Ausland wirbt junge, in**  
13 **Thüringen ausgebildete Mediziner ab, die der ambulanten und stationären Versorgung**  
14 **hier bei uns verloren gehen.** Hinzu kommen die im Gesundheitswesen ausufernde Bürokratie,  
15 unsachgemäße finanzielle Eingriffe mit denen die medizinische Versorgung von Patienten  
16 geradezu gefährdet wird, immer weniger Entscheidungsfreiheit für Patienten und Mediziner  
17 sowie immer schlechtere Rahmenbedingungen für Apotheken, Arzneimittelforschung und  
18 Produktion.

19 Trotz dieser Entwicklungen können Arbeitsplätze im Gesundheitswesen auch in Thüringen  
20 entstehen. Dazu müssen aber die Interessen der Patienten und Versicherten, aber auch der im  
21 Gesundheitswesen Arbeitenden in den Mittelpunkt rücken. Liberale Gesundheitspolitik bedeutet,  
22 Freiheit und Eigenverantwortung von Patienten und aller Akteure im Gesundheitswesen zu  
23 stärken.

24 **Die Thüringer FDP will das Gesundheitssystem anhand folgender Kriterien gestalten:**

- 25 • **Freie Wahl für alle Bürger.** Das heißt: freie Wahl, wo man sich versichern will, freie  
26 Wahl des gewünschten Tarifes, freie Entscheidung über den Umfang des  
27 Versicherungsschutzes.
- 28 • **Anreize schaffen.** Im Hinblick auf die knappen Ressourcen muss dafür gesorgt werden,  
29 dass jeder Euro zielgenau eingesetzt wird. Das bedeutet: Anreize für alle Beteiligten, sich  
30 wirtschaftlich zu verhalten, und Schaffung von Effizienz durch Belegung des  
31 Wettbewerbs in einem kartellrechtlich vorgegebenen Ordnungsrahmen. Es bedeutet  
32 nicht, sachfremd zu budgetieren und so die Versorgung der Patienten zu gefährden.

- 1       • **Bürokratie abbauen.** Die Bürokratie muss dringend zurückgefahren werden. Alle  
2       Instrumente und Maßnahmen der Bürokratie gehören auf den Prüfstand.
- 3       • **Gesundheitsausgaben von den Lohnkosten entkoppeln.** Angesichts der immens  
4       hohen Arbeitslosigkeit muss sich jede Reform daran messen lassen, ob sie die Situation  
5       auf dem Arbeitsmarkt verbessert und dazu beitragen kann, Arbeitsplätze zu sichern und  
6       neue entstehen zu lassen. Die Gesundheitsausgaben müssen deshalb von den Lohnkosten  
7       entkoppelt werden. Der Arbeitgeberbeitrag ist festzuschreiben und soll als  
8       Lohnbestandteil an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden.
- 9       • **Generationengerechtigkeit.** Die gebotene Fairness gegenüber den nachfolgenden  
10       Generationen verlangt, dass jede Generation die konsumtiven Ausgaben trägt, die sie  
11       verursacht. Generationengerechtigkeit bedeutet die Notwendigkeit, in jüngeren Jahren  
12       Reserven für die Zeit zu bilden, in der mehr Gesundheitsleistungen benötigt werden.
- 13       • **Wettbewerb stärken.** Die Krankenversicherung muss im Rahmen des allgemeinen  
14       Wettbewerbsrechts mehr Gestaltungsmöglichkeiten bekommen, als das nach heutigem  
15       öffentlichem Recht möglich ist. Der Status der Körperschaften öffentlichen Rechts sollte  
16       deshalb entfallen. Im gleichen Zuge muss der Wettbewerb auf der Seite der  
17       Leistungsanbieter gestärkt werden. Effizienzreserven sind nach all den Jahren der  
18       Kostendämpfungen nicht mehr über Budgetierungsvorgaben des Gesetzgebers zu  
19       realisieren, sondern durch mehr Eigenverantwortung und durch die Verbesserung von  
20       Behandlungsabläufen und Behandlungsstrukturen.
- 21       • **Vertragsfreiheit, Therapiefreiheit und freie Arztwahl.** Die FDP hat mit ihrem  
22       Dresdner Beschluss ein Konzept vorgelegt, das diese Kriterien berücksichtigt. Die FDP  
23       will den privaten Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle.
- 24       • **Transparenz für Patienten.** Die FDP setzt sich dafür ein, dass jeder Patient einen  
25       Überblick über die Höhe der Kosten seiner Behandlung erhält. Dazu wird ihm ein Beleg  
26       ausgestellt, der ihn über die konkreten Aufwendungen unterrichtet. Für die medizinische  
27       Leistung erhält der Patient künftig eine Rechnung. Dem Versicherten wird frei gestellt,  
28       nach Überprüfung der Rechnung diese selbst zu bezahlen oder seine Versicherung damit  
29       zu beauftragen. Dieses schafft die Grundlage für eine faire und transparente  
30       Vertragsbeziehung zwischen Patient und Leistungserbringer. Durch die Direktbeziehung  
31       zwischen Patient und Leistungserbringer ermöglicht die Kostenerstattung eine freie  
32       Entscheidung für eine frei wählbare Versorgungsform. Die jetzige, seit 1. Januar 2004  
33       geltende halbherzige Wahl der Kostenerstattung für alle gesetzlich Versicherten, ist eine

1 Farce. Die damit verbundenen restriktiven Regelungen verhindern die freie Wahl der  
2 Versorgung durch die Versicherten, weil niemand es wagt, die Kostenerstattung frei zu  
3 wählen.

4 **Die FDP will die Pflicht zur Versicherung.** Wir sprechen uns für ein freiheitliches  
5 Gesundheitssystem mit einem sozial flankierten privaten Krankenversicherungsschutz für alle  
6 aus: Eine Pflicht zur Versicherung für medizinisch notwendige Leistungen. Jeder Bürger ist  
7 verpflichtet, bei einem Krankenversicherer seiner Wahl einen Gesundheitsversicherungsschutz  
8 abzuschließen, der zumindest die vom Gesetzgeber vorgegebenen Regelleistungen umfasst. Bei  
9 den Regelleistungen handelt es sich um medizinisch unbedingt notwendige Leistungen. Sie  
10 entsprechen in etwa dem heutigen, um bestimmte zahnmedizinische Leistungen und  
11 Krankengeldleistungen reduzierten GKV-Leistungskatalog. Altersrückstellungen sorgen dafür,  
12 dass die Finanzierung der Gesundheitskosten über den gesamten Lebenszeitraum hinweg  
13 gleichmäßiger verteilt wird.

#### 14 **Freie Wahl des Versicherungsschutzes für alle Bürger**

15 Aufgrund dieser Kalkulationsweise haben die Versicherten die Möglichkeit, ihren  
16 Versicherungsschutz frei zu wählen. Jeder Versicherte kann oberhalb des Katalogs von  
17 Regelleistungen zwischen verschiedenen Paketen von Leistungen wählen, auf die er im  
18 Versicherungsfall zusätzlich Anspruch hat. Er zahlt dann eine entsprechende Zusatzprämie. Die  
19 Versicherten sind frei darin, die Höhe der Eigenbeteiligung im Rahmen der privaten Tarife selbst  
20 zu bestimmen.

#### 21 **6.2 Wettbewerb und Wahlfreiheit für ein effizientes Gesundheitssystem**

22 Wettbewerb ist ein Gestaltungselement auf allen Ebenen des Gesundheitswesens, das vor allen  
23 Dingen der Sicherstellung von Effizienz und Versorgungsqualität dient. Er muss weitaus stärker  
24 als heute auf der Ebene der Krankenversicherer und der Leistungserbringer zum Vorteil der  
25 Versicherten und Patienten zum Tragen kommen. Auch zwischen den  
26 Versicherungsunternehmen muss Wettbewerb bestehen. Das setzt eine Wechselmöglichkeit ohne  
27 Nachteile für die Versicherten wegen der Altersrückstellungen voraus. Die  
28 Versicherungsunternehmen haben kein Kündigungsrecht, damit lebenslanger Versicherungs-  
29 schutz garantiert ist.

#### 30 **Notwendiger Gesundheitsschutz für jeden Bürger garantiert**

31 Jeder Bürger hat von Geburt an einen Anspruch darauf, zumindest im Umfang der  
32 Regelleistungen unabhängig von seinem Gesundheitszustand ohne Risikozuschläge versichert zu  
33 werden. Die Regelleistungsprämie für die Kinder wird über das Steuersystem ebenso finanziert

1 wie Kosten, die mit Schwangerschaft und Mutterschaft verbunden sind. Jede Versicherung muss  
2 verpflichtet sein, jeden Bürger mindestens mit den Regelleistungen zu versichern, so dass kein  
3 Bürger ohne Versicherungsschutz bleibt. Aus diesem Grund sind zwei sozialpolitische  
4 Maßnahmen erforderlich: Zum einen muss jedes Versicherungsunternehmen mit  
5 Kontrahierungszwang einen Pauschaltarif anbieten, der diese Regelleistungen abdeckt und der  
6 weder nach Geschlecht noch nach sonstigen Kriterien differenziert. Risikoprüfungen und  
7 Risikozuschläge sind in diesem Tarif nicht zulässig. Zum anderen muss jeder Bürger der nicht in  
8 der Lage ist, die Prämie für den Pauschaltarif und den Selbstbehalt aus eigenen Kräften  
9 aufzubringen, durch staatliche Transfers in entsprechendem Umfang unterstützt werden.

### 10 **6.3 Thüringengerechte Gesundheitspolitik - Hilfe zur Selbsthilfe**

11 Liberale Gesundheitspolitik bedeutet zunächst Hilfe zur Selbsthilfe. Sie will die Menschen darin  
12 unterstützen, ihre Gesundheit zu erhalten oder wiederherzustellen und sich dabei ihrer  
13 Verantwortung für die eigene Gesundheit bewusst zu sein. Um der absehbaren demografischen,  
14 finanziellen und medizinischen Entwicklung Rechnung zu tragen, ist eine Verbesserung der  
15 Organisationsstruktur für die Versorgung Schwerkranker unumgänglich – insbesondere durch  
16 ambulante Hospiz- und Palliativdienste sowie Palliativstationen. Die FDP hat sich in den letzten  
17 Jahren für die Gründung von Palliativnetzwerken eingesetzt, die das vorhandene, vor allem  
18 ambulante Angebot verzahnen.

19 Der Gesundheitsfond belastet die Rentner im Freistaat mit einem Mehrbetrag von 85 Millionen  
20 Euro pro Jahr, der zu fünfzig Prozent von den Leistungsbeziehern direkt zu schultern ist und  
21 deren andere Hälfte durch die Rentenkassen, sprich über Steuereinnahmen, beglichen wird.  
22 Rentenbezieher profitieren jedoch nicht von der Absenkung der Arbeitslosenversicherungs-  
23 Steuer. Betriebsrentner, die seit 2004 den vollen Krankenversicherungsbeitrag zu entrichten  
24 haben werden überproportional belastet. Schon jetzt können die Krankenkassen nicht  
25 kalkulieren, ob ein Zusatzbeitrag erhoben werden muss, um überhaupt Kosten deckend zu  
26 arbeiten. Die FDP Thüringen fordert daher, Einkommen bis zu 800 Euro gänzlich von etwaigen  
27 Zusatzbeträgen zu befreien.

28 Außerdem fordern wir die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf sieben  
29 Prozent. Damit ließen sich bis zu drei Milliarden Euro jährlich einsparen. Auf Beitragsprozente  
30 umgerechnet ergeben sich 0,2 bis 0,3 % mögliche Senkung für den Krankenkassenbetrag.

### 31 **Beste Gesundheitsversorgung für unsere Kinder**

32 Wir Liberale wollen die beste Gesundheitsversorgung für unsere Kinder von Geburt an. Dazu  
33 gehören verpflichtende U-Vorsorgeuntersuchungen, alle notwendigen Impfungen, eine intensive

1 Schuleingangsuntersuchung und eine schulärztliche Begleitung. Spezielle klinische  
2 Versorgungsabteilungen für Kinder und Jugendliche müssen von teils sehr undifferenzierten  
3 Abrechnungsbedingungen der Fallpauschalen ausgenommen werden.

#### 4 **Flächendeckender Erhalt der ambulanten ärztlichen Versorgung**

5 Die FDP setzt sich für den flächendeckenden Erhalt der ambulanten ärztlichen Versorgung ein.  
6 Ärztliche Versorgung umfasst sowohl den Hausarztbereich als auch die fachärztliche Diagnostik  
7 und Betreuung. Versuche, diese fachärztliche Betreuung auszudünnen mit dem Ziel, sie nur noch  
8 an Krankenhäusern mit angeschlossenen Polikliniken oder medizinischen Versorgungszentren  
9 durchführen zu lassen, lehnt die FDP ab. Hier drohen Wartelisten und Rationierung sowie eine  
10 Einschränkung bei der freien Arztwahl.

#### 11 **Überschaubare adäquate Vergütung der Leistungserbringer**

12 Gute ambulante Leistungen können aber nur erbracht werden, wenn sowohl die  
13 Eigenverantwortung der Patienten gestärkt wird als auch eine überschaubare adäquate Vergütung  
14 der Leistungserbringer sichergestellt ist. Es ist nicht akzeptabel, dass niedergelassen Ärzte  
15 rückwirkenden „Ausgleichszahlungen“ und Regressforderungen ausgesetzt sind. Ebenso ist klar,  
16 dass zeitnahe Abrechnungen notwendig sind, um auch als Arzt betriebswirtschaftlich planen zu  
17 können.

18 Die FDP Thüringen unterstützt die Forderung der Thüringer Vertragszahnärzte nach einer  
19 Honorarangleichung an das Westniveau. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, die Zahnärzte von  
20 der bei den Ärzten bereits vollzogenen Angleichung auszunehmen.

#### 21 **Selbstverwaltung**

22 Die FDP befürwortet die Selbstverwaltung. Allerdings ist es unhaltbar, dass die Gesetzlichen  
23 Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen immer länger für ihre  
24 Vereinbarungen brauchen. Häufiger sind sogar Schiedssprüche notwendig, die noch dazu  
25 monatelang nicht umgesetzt werden.

#### 26 **Ambulant vor stationär**

27 Die FDP begrüßt das Ziel, Patienten nach dem Prinzip „ambulant vor stationär“ zu behandeln.  
28 Für eine ambulante Operation darf jedoch nicht nur die Art der Operation entscheidend sein,  
29 dazu gehört auch, dass die Betreuung zu Hause sicher gestellt ist. Ambulantes Operieren entlastet  
30 den stationären Bereich und ist außerdem kostengünstiger. Jedoch müssen die im stationären  
31 Bereich eingesparten Gelder auch tatsächlich für die Vergütung ambulanter Operationen zur

1 Verfügung stehen. Einer Verlagerung der Kosten auf den ambulanten Sektor treten wir  
2 entschieden entgegen.

### 3 **Stationärer Bereich**

4 Auch im stationären Bereich muss es dem Patienten möglich sein, das Krankenhaus seines  
5 Vertrauens frei zu wählen. Jedes Krankenhaus ist inzwischen gesetzlich verpflichtet, z.B. im  
6 Internet einen Qualitätsbericht zu veröffentlichen, aus dem u. a. die Anzahl der durchgeführten  
7 Operationen hervorgeht, ebenso die Häufigkeit der zugehörigen Komplikationen. Auch sind  
8 inzwischen viele Krankenhäuser zertifiziert. Zudem haben die Krankenkassen die Möglichkeit,  
9 unwirtschaftlich arbeitenden und qualitativ schlechten Krankenhäusern die Grundlagen für eine  
10 Regelversorgung zu entziehen. Daher entbehren Bestrebungen einzelner Krankenkassen, ihre  
11 Patienten nur in bestimmten Häusern behandeln zu lassen, einer sachlichen Grundlage und  
12 bergen die Gefahr einer Rationierung mit Wartelisten in sich.

### 13 **Erhalt des Belegarztsystems**

14 Die FDP setzt sich für den Erhalt des Belegarztsystems ein. Hier wird die angestrebte integrierte  
15 Versorgung in konzentrierter und außerdem wirtschaftlicher Form durchgeführt. Belegärzte  
16 betreuen ihre Patienten ambulant, vorstationär, im Krankenhaus und behandeln sie dann auch  
17 gegebenenfalls anschließend „zu Hause“, sodass der Patient beim Arzt seines Vertrauens bleiben  
18 kann und der behandelnde Arzt seinen Patienten auch wirklich kennt.

### 19 **DRG-System**

20 Die Einführung des so genannten Fallpauschalensystems ist vom Ansatz her sinnvoll (DRG-  
21 System). Doch durch sich ständig ändernde Berechnungsgrößen (Relativgewicht), können  
22 Krankenhäuser ihr Budget nicht sicher planen. Damit werden Wettbewerbsverzerrungen  
23 geschaffen, denn bei den öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern decken häufig Landkreise und  
24 Städte mögliche Defizite ab, während private Krankenhausträger und freigemeinnützige (Kirchen  
25 oder Wohlfahrtsverbände) Träger diese Finanzhilfe nicht bekommen. Die FDP kritisiert die  
26 Umsetzung des DRG-Systems, welches in Deutschland durchgängig im stationären Bereich  
27 umgesetzt worden ist und dem damit die Differenzierung fehlt. Viele Krankheitsbilder lassen sich  
28 nicht mit der so genannten Erstdiagnose abbilden.

29 **Grundsätzliche gesellschaftspolitische Fragen wie die nach der Gerechtigkeit und**  
30 **Bezahlbarkeit eines Modells des Sozialsystems müssen gelöst werden. Der bestehende**  
31 **Generationenvertrag ist vor dem Hintergrund des demografischen Übergangs mit den**  
32 **bestehenden Regelungen nicht mehr umsetzbar .**

#### 1 **6.4 Kinderlärm ist Zukunftsmusik – Thüringengerechte Familienpolitik**

2 Die FDP sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer.  
3 Da Frauen auch heute noch die Hauptlast der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit  
4 tragen, ist die Erhöhung der Erwerbsquote von Müttern durch den Ausbau einer  
5 bedarfsgerechten Infrastruktur zur Kinderbetreuung und pädagogisch gut ausgestaltete Angebote  
6 an Tagespflege und Ganztagskindergärten zu ermöglichen. Vorschulische und schulische  
7 Ganztagsangebote für Kinder werden kostenfrei, bzw. den finanziellen Möglichkeiten der  
8 Familien, angepasst sein.

9 Freiheit zur Verantwortung heißt in der Familienpolitik, dass es eine gesellschaftliche  
10 Verantwortung gibt, um Misshandlung, Missbrauch, Verwahrlosung und Tod von Kindern nach  
11 besten Kräften zu verhindern. Wer hier allein auf den Staat hofft, unterschlägt, dass die  
12 Kernaufgabe dafür bei den Familien selbst liegt. Dennoch haben Jugendämter, staatliche  
13 Betreuungsstellen, v.a. Kindertagesstätten und Schule eine unterstützende Aufgabe. Eine  
14 Gesellschaft, die das Prinzip Freiheit zur Verantwortung lebt, fordert jeden einzelnen auf, zu  
15 handeln, wenn er in seiner Nachbarschaft feststellt, dass Eltern überfordert sind. Das ist oft  
16 unangenehm. **Aber jedes Kind muss es uns wert sein, dass alles getan wird, um es vor**  
17 **Verwahrlosung und ihren Folgen zu bewahren.** Dabei ist Zivilcourage gefragt.

18 Die sogenannte „Familienoffensive“ der CDU-Regierung ist keine Erfolgsgeschichte. Seit dem  
19 Inkrafttreten haben die Kitas mit erheblichen Personalengpässen sowie mit drastischen  
20 Einsparungen zu kämpfen. Zwischen 2005 und 2007 wurden etwa 600 Vollzeitstellen abgebaut.  
21 Außerdem unterlagen Kindergärten und Kinderkrippen Kürzungen in Höhe von 28 Mio. Euro.  
22 Im Ergebnis haben sich die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher erheblich  
23 verschlechtert und die Elternbeiträge zur Kinderbetreuung sind angestiegen.

24 **Wir werden hier umfangreiche Änderungen vornehmen, in deren Mittelpunkt die**  
25 **Kindertagesstätten rücken müssen.** Der Kern ist dabei das System der Betreuungsgutscheine.  
26 Die FDP wird sich im Thüringer Landtag dafür einsetzen, dass Familien bei der Betreuung  
27 wirklich entlastet werden, ohne dabei die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen zu senken.  
28 Es muss mehr qualifiziertes Personal, bessere Arbeitsbedingungen und längere Öffnungszeiten  
29 geben. Tagespflege und institutionelle Kinderbetreuung müssen gleichrangig in die staatliche  
30 Förderung einbezogen werden. **Unser langfristiges Ziel sind gebührenfreie**  
31 **Kindertagesplätze in einem rein steuerfinanzierten System.**

## 1 **6.5 Gleichstellung**

2 Die liberale Bürgergesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass Frauen und Männer frei,  
3 selbstverantwortlich und gleichberechtigt ihr Leben gestalten können. Die Bedürfnisse von  
4 Frauen und Männern, ihre spezifischen Ausgangsbedingungen sind also gleichermaßen zu  
5 erfassen und in politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen umzusetzen, die beiden  
6 Geschlechtern gleiche Chancen eröffnen.

7 Gerade in Thüringen ist die **Abwanderung junger und hochqualifizierter Frauen** hoch. Dies  
8 liegt in erster Linie an fehlenden Perspektiven vor allem beim Berufseinstieg. Auch in  
9 Führungspositionen sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. In Krisensituationen kommt es  
10 aber darauf an, das gesamte gesellschaftliche Potenzial für die notwendigen Veränderungen zu  
11 aktivieren. Deshalb sind Frauen auf ihrem Weg durch Hierarchien und Netzwerke zu  
12 unterstützen.

- 13 1. Frauen, die sich vorwiegend familiär und gesellschaftlich engagiert haben, dürfen nicht in  
14 Altersarmut fallen.
- 15 2. Frauen und Männer sind bei gleichwertiger Arbeit auch in gleicher Höhe zu entlohnen.
- 16 3. Bei Gewalt gegen Frauen wird dem Ausbau des Opferschutzes und der Opferbetreuung  
17 Vorrang eingeräumt vor dem der Täterberatung. Das vorhandene Netz von  
18 Frauenhäusern und Frauenzentren ist ausreichend personell und finanziell abzusichern,  
19 um qualitativ hohe Beratungs- und Betreuungsleistungen erbringen zu können.

## 20 **6.6 Förderung des Ehrenamts**

21 Liberale Politik setzt sich für die Stärkung des selbstbestimmten und selbstverantwortlichen  
22 Engagements von Bürgerinnen und Bürgern ein. Möglichst flächendeckend lokale Strukturen  
23 aufzubauen, die freiwilliges Engagement und eine aktive Bürgergesellschaft fördern, ist ein  
24 erklärtes Ziel der Thüringer FDP.

25 Ehrenamt ist gelebte Verantwortungskultur, denn die Gestaltung von Demokratie und  
26 Gesellschaft wird nicht allein durch die Politik gewährleistet. Sie gelingt dort, wo Menschen sich  
27 für die eigenen Bedürfnisse und die anderer engagieren, sich organisieren und vor Ort ihren  
28 Lebensraum mitgestalten.

29 In einer großen Vielzahl von Situationen ist bürgerschaftliches Engagement effektiver und  
30 effizienter in seiner Wirkung als staatliche Aktivitäten. Bürgerschaftliches Engagement findet  
31 seine Adressaten leichter als staatliches Handeln und ist in seinen Wirkungen unmittelbarer.

1 Bürgerschaftliches Engagement ist ein umfassendes gesellschaftspolitisches Konzept und eine  
 2 tragende Säule des Gemeinwesens. Deshalb braucht bürgerschaftliches, ehrenamtliches  
 3 Engagement langfristige und nachhaltige Unterstützung. **Viele gesellschaftliche**  
 4 **Aufgabenbereiche funktionieren in Thüringen nur deswegen, weil sich fast ein Drittel**  
 5 **der Thüringer Bürger ehrenamtlich engagiert.** Ohne Ehrenamt wäre es um Brandschutz,  
 6 Rettungsdienste, Kultur, Sport, politische Mitbestimmung, Jugend- und Sozialarbeit und viele  
 7 andere Bereiche schlecht bestellt. Dennoch hat Thüringen eine tendenziell geringere  
 8 Engagementquote als andere Bundesländer. Die FDP steht dafür, die Wertschätzung  
 9 ehrenamtlichen Engagements deutlich zu erhöhen.

## 10 **6.7 Thüringengerechte Seniorenpolitik**

### 11 **Thüringengerechte Seniorenpolitik: gleiche Renten in Ost und West**

12 Den Kern der liberalen Seniorenpolitik bildet **die Erhaltung der persönlichen Freiheit und**  
 13 **Selbstbestimmung im Alter.** Gerade im Alter ist eine verlässliche Altersvorsorge  
 14 Voraussetzung für persönliche Freiheit.

15 Nur wer sozial abgesichert ist, einen wirksamen Schutz im Krankheitsfall, bei Pflegebedürftigkeit  
 16 und im Falle der Arbeitslosigkeit hat, der hat die Freiheit und Gelassenheit, sich auch am  
 17 gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

18 Niemand kann die Augen davor verschließen, dass wir als Gesellschaft älter und weniger werden.  
 19 Jeder muss Verantwortung übernehmen, das bedeutet die Gesellschaft muss auf die Entwicklung  
 20 reagieren. Ohne die aktive Mitwirkung der älteren Generation sind die anstehenden Aufgaben  
 21 nicht zu bewältigen. Die verantwortliche Mitarbeit der erfahrenen Generation steht für uns im  
 22 Vordergrund. Besonders die Kommunalpolitik braucht die Teilnahme und Erfahrung der  
 23 Senioren.

24 Ihre Lebensweisheit, ihr Engagement im gesellschaftlichen Leben, wie zum Beispiel als  
 25 ehrenamtliche Mitarbeiter in Gemeinde oder Stadträten ist notwendig, um richtige Politik für die  
 26 Bürger zu machen. Eine Thüringengerechte Seniorenpolitik dient nicht nur der wachsenden Zahl  
 27 der Senioren in Thüringen, sondern auch – und das mit zunehmender Wichtigkeit – der  
 28 gesamten Gesellschaft.

29 Nur wenn die Generationen miteinander leben und füreinander Verantwortung zeigen, wird das  
 30 ländlich geprägte Thüringen seine Attraktivität als Lebensmittelpunkt für Familien behalten.

### 31 **Für die FDP Thüringen bedeutet eine Thüringengerechte Seniorenpolitik:**

- 32 • Die Renten in Ost und West werden angeglichen.

- 1 • Erworbene Rentenansprüche wie die Zusatzrente für die technischen Berufe muss  
2 entsprechend gewertet werden.
- 3 • Die Möglichkeit zur Flexibilisierung der Renten, um im Alter den gewünschten  
4 Wohlstand zu haben.
- 5 • Flexiblerer Übergang vom Arbeitsleben in Rente.
- 6 • Für den Fall einer eintretenden Pflegebedürftigkeit passgenaue ambulante  
7 Pflegeangebote, die möglichst lange ein Verbleiben in der häuslichen Umgebung  
8 erlauben.
- 9 • Eine ausreichende lokale Infrastruktur.

10 Um auch den späteren Generationen die Möglichkeit auf eine Rentenzahlung im Alter zu geben,  
11 ist eine allmähliche Umstrukturierung der Rente von Umlagefinanzierung auf Kapitalgedeckte  
12 Finanzierung nötig. Die umlagenfinanzierte Rente wird in der Zukunft nur noch eine  
13 Basissicherung für das Alter darstellen. Private Vorsorge ist heute schon wichtig und wird in den  
14 nächsten Jahren immer mehr in den Vordergrund der Altersvorsorge rücken.

15 Für die Thüringer Senioren von heute muss die Rente trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten des  
16 Landes zumindest immer so angeglichen werden, dass die Inflation nicht zum Lebensproblem  
17 der älteren Bürger wird.

## 1 **7 Kommunale Selbstverwaltung**

2 Für die FDP sind die Thüringer Kommunen vor allem Heimat ihrer Bürgerinnen und Bürger  
3 sowie Basis einer demokratischer Kultur. Starke Kommunen sind das Ergebnis der aktiven  
4 Mitbestimmung selbstbewusster Bürger und eigenständiger Verwaltung.

### 5 **Die kommunale Selbstverwaltung wird jedoch immer mehr zur Farce.**

6 Mehrfach wurden die Zuweisungen des Kommunalen Finanzausgleichs massiv gekürzt.  
7 Gleichzeitig wurden zahlreiche Aufgaben (und damit Ausgaben) auf die Kommunen abgewälzt  
8 und abgeschoben. In der Folge können Thüringer Kommunen immer weniger frei entscheiden.  
9 Hinzu kommt, dass das Land beim „**Bürokratieabbau von oben**“ einen Verschiebebahnhof  
10 von Vorschriften, Verantwortlichkeiten und Beamten herbeiführt, anstatt mit einem radikalen  
11 Abbau von Gesetzen und mit einer klaren, verständlichen und einfachen Neuordnung von  
12 Verwaltungsprozessen Bürger und Unternehmen, Städte, Gemeinden und Landkreise von  
13 Bürokratie zu entlasten. Unhandliche Fördermittelprogramme, antiquierte Vorschriften und  
14 starre Regelungen behindern den effizienten Einsatz der knappen Mittel. Die Folgen sind immer  
15 noch erhebliche Defizite in der kommunalen Infrastruktur, fehlende Aufträge für die  
16 Bauwirtschaft, Abwanderung bei zugleich dramatischer demographischer Entwicklung und der  
17 Niedergang der Mittelschicht.

### 18 **7.1 Für Thüringengerechte Kommunen**

19 Die Freien Demokraten stehen für die Durchsetzung schlanker, effizienter und bürgernaher  
20 **Kommunalverwaltungen als Dienstleister** für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei sind sich die  
21 Liberalen bewusst, dass Effizienz sich nicht vorrangig aus der Größe einer Verwaltung ableiten  
22 lässt. Große, starre Strukturen können im Einzelfall eher behindern als etwas bewirken. Deshalb  
23 setzt die Thüringer FDP auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung. Die Menschen vor Ort  
24 wissen am besten, was sie brauchen. Wenn Gemeinden oder Kreise sich zusammenschließen  
25 wollen, steht die FDP dem offen gegenüber. Anstatt auf Zwangsvereinigungen setzen wir auf die  
26 interkommunale Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften. Nichts spricht dagegen, wenn  
27 Gebietskörperschaften gemeinsame Verwaltungen oder Behörden betreiben.

28 Mit Zwang *vitale*, lebensfähige Gemeinden gegen ihren Willen anderen Gemeinden  
29 zuzuschlagen, entspricht nicht der liberalen Auffassung von kommunaler Selbstverwaltung.

30 Die FDP bekennt sich zum Subsidiaritätsprinzip. Das heißt, was auf unterer Ebene entschieden  
31 werden kann, soll auch dort entschieden werden. Die Einflussnahme des Freistaats Thüringen

1 wie auch von Bund und EU auf die Thüringer Kommunen hat sich auf ein notwendiges  
2 Mindestmaß zu beschränken.

### 3 **Modernisierung der kommunalen Verwaltung – elektronische Kommunikation im** 4 **Dienste des Bürgers**

5 Im Zeitalter der elektronischen Kommunikation können Verwaltungen viel effizienter als bisher  
6 kooperieren, aber vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern als Dienstleister zur Verfügung  
7 stehen. Deshalb setzt sich die FDP dafür ein, dass in Kommunalverwaltungen zügig die  
8 Voraussetzungen geschaffen werden, möglichst viele Verwaltungsvorgänge auf elektronischem  
9 Weg abwickeln zu können. **So werden alle Bürger entlastet, vor allem aber jene, die aus**  
10 **beruflichen Gründen nicht ohne Probleme während der Öffnungszeiten in den**  
11 **Verwaltungen vorsprechen können.** Persönliche Ansprechpartner müssen jedoch zur  
12 Verfügung stehen, gerade für ältere Menschen, denen der Umgang mit den neuen Medien  
13 gelegentlich schwer fällt.

### 14 **Viele Probleme – ein Anlaufpunkt („One-Stop-Point“)**

15 Bereits seit vielen Jahren setzen sich die Liberalen dafür ein, dass für die Bürgerinnen und Bürger  
16 ebenso wie für Unternehmen und Investoren Behördengänge vereinfacht werden. Verwaltungen  
17 als Dienstleister müssen dafür Sorge tragen, dass künftig niemand mehr „von Pontius zu Pilatus“  
18 geschickt wird, sondern dass ein Anlaufpunkt zur Verfügung steht, an dem den Betroffenen  
19 kompetent geholfen wird. Darauf hat der Steuerzahler einen Anspruch.

### 20 **7.2 *Freiwillige Feuerwehren***

21 Die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren setzen ihre Gesundheit und oft auch ihr Leben für  
22 die Sicherheit der Bevölkerung ein. Dieses Engagement kann man nicht hoch genug schätzen.  
23 Die FDP wirbt deshalb für eine zielstrebige Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren und die  
24 Anerkennung der besonderen Rolle des ehrenamtlichen Engagements im Brand- und  
25 Katastrophenschutz.

26 Die FDP spricht sich dafür aus, Kommunen zu einer anteiligen Altersvorsorge für Kameraden  
27 der Freiwilligen Feuerwehr zu verpflichten. Dafür muss das Land die finanziellen  
28 Voraussetzungen schaffen. Die Abwanderung vor allem junger Leute erschwert die  
29 Nachwuchssicherung der freiwilligen Feuerwehren. Wichtigster Beitrag zur Abhilfe ist, durch  
30 liberale Wirtschaftskonzepte für Arbeit vor Ort zu sorgen und damit der Abwanderung entgegen  
31 zu wirken. Darüber hinaus muss aber die Akzeptanz in Unternehmen für das Engagement von  
32 Mitarbeitern in der Freiwilligen Feuerwehr gestärkt werden.

1 Die vorgeschriebenen Anfahrzeiten für die Feuerwehr zum Einsatzort sind an die der übrigen  
2 Rettungsfahrzeuge anzupassen.

### 3 **7.3 Kommunale Finanzen**

4 Die Thüringer Verfassung verpflichtet das Land dafür zu sorgen, dass die kommunalen Träger  
5 der Selbstverwaltung ihre Aufgaben erfüllen können. Somit kann und darf die finanzielle  
6 Ausstattung der Thüringer Kommunen weder Spielball der arroganten Machtausübung einer  
7 Alleinregierung noch der Willkür von Taschenspielertricks unterworfen sein. Anstatt die  
8 Kommunen weiter in ihrer Handlungsfähigkeit zu beschneiden, muss der Freistaat nachhaltig den  
9 eigenen Verwaltungsapparat auf seine Kernaufgaben beschränken und durch schlanke  
10 Verwaltungsstrukturen im Einklang mit grundlegendem Bürokratieabbau die erforderlichen  
11 Mittel freisetzen für effiziente, bürgernahe kommunale Selbstverwaltung vor Ort. Die  
12 Lebensfähigkeit der Thüringer Landkreise, Städte und Gemeinden ist die Basis für die  
13 Demokratie in unserem Land.

#### 14 **Reform der kommunalen Einnahmen. Handlungsfähigkeit organisieren**

15 Die FDP Thüringen setzt sich ein für die grundlegende Neuordnung der kommunalen  
16 Einnahmen auf Bundesebene und die Fortschreibung der liberalen Gemeindefinanzreform.  
17 Anstatt von den höchst unsicheren Gewerbesteuern abhängig zu sein, schlägt die FDP als  
18 Instrument zur Stärkung der kommunalen Finanzautonomie und der Selbstverwaltung der  
19 Gemeinden die Einführung einer Kommunalsteuer vor, die als prozentualer Zuschlag auf die  
20 Einkommen- und auf die Körperschaftsteuer ausgestaltet wird. So entsteht zwischen den  
21 Gemeinden Wettbewerb.

22 Die kommunale Gemeindefinanzreform der FDP schafft die Voraussetzung für einfache,  
23 gerechte und niedrige Steuern bei zugleich zuverlässigeren Einnahmen für die Kommunen.

#### 24 **Rangfolge der kommunalen Einnahmen – Gemeinden entscheiden selbst über Beiträge**

25 Gegenwärtig schreibt die Thüringer Kommunalordnung den Städten und Gemeinden eine feste  
26 Reihenfolge der Einnahmen vor. Damit werden auch wirtschaftlich starke Gemeinden,  
27 gezwungen, ihren Bürgern z. B. Straßenausbaubeiträge abzuverlangen. **Die Liberalen wollen es**  
28 **den Gemeinden selbst überlassen, ob sie Beiträge erheben** wollen. Das stärkt die  
29 Selbstverwaltung und den Wettbewerb der Gemeinden. Generell setzen sich die Liberalen dafür  
30 ein, dass durch Beiträge keine unangemessene Belastung von Grundstücken entstehen darf.  
31 **„Kalte Enteignung“ durch unangemessene Beiträge lehnen die Freien Demokraten ab.**  
32 Eigentum verpflichtet, muss aber auch vor staatlicher Willkür geschützt werden. Sollen Beiträge  
33 erhoben werden, so sind die Betroffenen spätestens ein Jahr zuvor unter Schätzung des

1 voraussichtlich zu erwartenden Betrags zu informieren. Darüber hinaus soll künftig der Entwurf  
2 öffentlicher Baumaßnahmen, die beitragspflichtig sind, spätestens am Ende der Entwurfsplanung  
3 im Rahmen einer öffentlichen Anhörung Betroffener erörtert werden.

4 Die FDP setzt sich für die Fortführung des Zinsbeihilfeprogramms ein. Man darf weder die  
5 betroffenen Bürger, noch die kommunalen Aufgabenträger, die ihre Aufgaben oft ehrenamtlich  
6 wahrnehmen, im Regen stehen lassen.

#### 7 **Konnexitätsprinzip durchsetzen**

8 „Wer bestellt, zahlt die Musik.“, sagt ein altes Sprichwort. In der Politik heißt das  
9 Konnexitätsprinzip. Doch leider ist es nur allzu oft so, dass Politiker und Beamte auf  
10 europäischer, aber auch Bundes- und Landesebene Entscheidungen treffen, die für Städte und  
11 Gemeinden mit erheblichen Kosten verbunden sind. Dafür, dass das anders wird, setzen sich die  
12 Liberalen ein.

#### 13 **Fördermittelprogramme entrümpeln: Helfen statt belasten**

14 Auch Städte, Gemeinden und Landkreise sind davon betroffen: Die bestehenden  
15 Fördermittelprogramme sind unübersichtlich, unverständlich und von bürokratischen, oft  
16 unsinnigen Festlegungen und Bestimmungen überfrachtet. So kommt es, dass viele Fördermittel  
17 gar nicht erst dort ankommen, wo sie sollen. Die FDP setzt sich dafür ein, die Vielzahl von  
18 Fördermittelprogrammen sinnvoll zusammenzufassen und von bürokratischen Hemmnissen zu  
19 entrümpeln.

20 **Die späte Bereitstellung von Fördermitteln führt zu unnötigen und inakzeptablen**  
21 **Verzögerungen bei vielen Bauvorhaben.** Dieses „Dezember-Fieber“ muss künftig verhindert  
22 werden. Neben Möglichkeiten zum vorgezogenen Vorhabensbeginn muss auch eine  
23 Verschiebung des Haushaltsjahres geprüft werden.

#### 24 **Fördermittelbestimmungen vereinfachen : Praxisnähe statt Paragraphenreiterei**

25 Die FDP wird dafür sorgen, dass Fördermittelbestimmungen vereinfacht werden. **Künftig soll**  
26 **grundsätzlich die Zustimmung als erteilt gelten, wenn nicht innerhalb einer**  
27 **angemessenen Frist eine anders lautende Mitteilung vorliegt. Die Angemessenheit der**  
28 **Frist kann sich z. B. an den Fristen für eine vorschriftsmäßige Vergabe orientieren und**  
29 **muss die Einhaltung der Fördermitteltermine ermöglichen.**

#### 30 **Kommunale Infrastruktur: Lebensader für Wirtschaft und Gesellschaft**

31 Eine leistungsfähige und intakte Infrastruktur ist Voraussetzung für die wirtschaftliche  
32 Entwicklung von Städten und Gemeinden. Sie gehört zur Lebensqualität, ist vor allem aber die

1 Grundbedingung, damit Kommunen Wirtschaftsstandort sein können. Deshalb fordern die  
2 Liberalen die konsequente Weiterentwicklung der Verkehrswege, der Ver- und Entsorgungsnetze  
3 aber auch vor allem der Kommunikationsnetze. Gewerbegebiete ohne Anschluss an  
4 Breitbandnetze sind mehr zeitgemäß. Das Land ist gefordert, alles zu tun, um eine moderne  
5 Infrastruktur in den Städten und Gemeinden zu ermöglichen, damit Thüringen im  
6 internationalen Standortwettbewerb bestehen kann.

### 7 **Mehr Spielraum für Privatinitiative**

8 Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, dass ohne ideologische Scheuklappen mit Sachkunde im  
9 Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung geprüft wird, ob einzelne Aufgaben und  
10 Aufgabenbereiche wie z.B. Bauhof, Winterdienst, Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung, ÖPNV,  
11 Krankenhäuser, Wohnungsgesellschaften ausgegliedert werden und an private Unternehmen  
12 vergeben werden können. Die Abschreibungszeiten für solche Leistungen bei den Unternehmen  
13 müssen bei der Vergabe des Leistungszeitraumes berücksichtigt werden. Wirtschaftlich sinnvoll  
14 und verantwortungsbewusst zu prüfen bedeutet jedoch nicht Privatisierung um jeden Preis.  
15 Vorhaben in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP), auch Public Private Partnership (PPP)  
16 genannt, auszuführen, kann im Einzelfall eine sinnvolle Alternative darstellen. Wichtig ist, dass  
17 tatsächlich die Vorteile im konkreten Fall auf Dauer überwiegen.

18 Grundsätzlich setzt sich die FDP dafür ein, dass kommunale Einrichtungen, Eigenbetriebe,  
19 Zweckverbände, sowie privatwirtschaftlich organisierte Betriebe in mehrheitlich öffentlicher  
20 Hand im Regelfall nicht in Wettbewerb gegen die private Wirtschaft treten.

### 21 **Kommunale Eigenverantwortung für regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

22 Die CDU-Landesregierung hat mit der Vergabe-Mittelstandsrichtlinie dafür gesorgt, dass in  
23 Thüringen für die beschränkte Ausschreibung von Bauleistungen teilweise niedrigere  
24 Schwellenwerte gelten als etwa in Bayern. So muss gegenwärtig eine Thüringer Gemeinde zum  
25 Beispiel jeden Straßenbau öffentlich ausschreiben, der voraussichtlich mehr als 100.000 EUR  
26 kostet. In Bayern können Straßenbauvorhaben hingegen bis zu 300.000 EUR beschränkt  
27 ausgeschrieben werden.

28 Diese krasse Benachteiligung thüringischer Gemeinden und Unternehmen wird die FDP  
29 abschaffen. Sie setzt sich deshalb dafür ein, dass in Thüringen künftig bei der Vergabe  
30 öffentlicher Aufträge mindestens die gleichen Schwellenwerte gelten wie in Bayern. Liberale  
31 Kommunalpolitiker wissen, dass funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe eine  
32 Grundvoraussetzung dafür sind, dass die Menschen zu Hause eine angemessene Arbeit finden  
33 können. Das ist auch der Grund, warum sich die FDP im Thüringer Landtag für die Stärkung

1 sowohl regionaler Wirtschaftskreisläufe als auch kommunaler Eigenverantwortung einsetzen  
2 wird.

3 In der derzeitigen Vergabepaxis werden oftmals überzogene Auswahlkriterien festgelegt, die  
4 Existenzgründern, kleinen und mittelständischen Unternehmen den Zugang zu öffentlichen  
5 Aufträgen unnötig erschweren. Wenn zum Beispiel regelmäßig gefordert wird, dass ein Bieter  
6 bereits gleichartige Aufträge ausgeführt haben muss, haben Existenzgründer keine Chance, und  
7 öffentliche Auftraggeber verhindern die Entwicklung von Kompetenzen in der einheimischen  
8 mittelständischen Wirtschaft. Deshalb setzen sich die Liberalen dafür ein, dass künftig im  
9 Regelfall die erforderliche Fachkunde und die fachliche Eignung des Bieters als Auswahlkriterium  
10 genügen. Weiter gehende, erschwerende Zugangskriterien zu öffentlichen Aufträgen wie etwa die  
11 Forderung nach bereits gleichartigen, ausgeführten Vorhaben oder bürokratischen Zertifikaten  
12 wie dem QM – Siegel sollen nur in stichhaltig zu begründenden Ausnahmefällen zulässig sein,  
13 wenn andernfalls etwa die Gefährdung der Sicherheit von Leib und Leben zu befürchten ist.

14 Thüringer Städte, Gemeinden und Landkreise müssen ebenso wie der Freistaat ein vitales  
15 Interesse daran haben, dass gerade kleine und mittelständische Unternehmen eine faire Chance  
16 erhalten und so weiter zur Entwicklung einer bunten, vielfältigen Wirtschaftsstruktur in den  
17 Kommunen beitragen können.

#### 18 **Städtebauförderung: private Vorhaben fördern statt verhindern.**

19 Die Städtebauförderung ist ein wichtiges Instrument zur Wahrung der Thüringer Kultur und zur  
20 Entwicklung der Thüringer Städte. Bislang konnten viele Städtebaumittel für private  
21 Bauvorhaben nicht abgerufen werden, da die erforderlichen Drittmittel durch die Städte nicht  
22 aufgebracht werden konnten. Wertvolle Bausubstanz ist dadurch gefährdet, zugleich entgehen  
23 vor allem regionalen, kleinen und mittelständischen Bauunternehmen wichtige Aufträge. Es ist zu  
24 erwarten, dass in Kürze auch die Städtebaufördermittel drastisch zurückgehen werden. Trotz  
25 grundsätzlich kritischer Bewertung von Subventionierungen setzt sich die Thüringer FDP dafür  
26 ein, dass zumindest zeitlich befristet die Freigabe der Städtebaufördermittel für private Vorhaben  
27 auch dann möglich sein soll, wenn der kommunale Anteil durch Dritte erbracht wird.

## 1 8 Umwelt- und Naturschutz

### 2 Für die Menschen, nicht gegen sie: Freiwilligkeit statt Zwang.

3 Umweltschutz und mit ihm der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen ist für  
 4 Liberale von herausragender Bedeutung. Dabei sind die Freien Demokraten der festen  
 5 Überzeugung, dass Umweltschutz am besten **mit** den Menschen zu erreichen ist anstatt **gegen**  
 6 sie. Motivieren statt gängeln ist Erfolg versprechender für die Umwelt, als eine Politik  
 7 besserwisserischer Verbote und Vorschriften. Freiwillig praktizierter Umwelt- und Naturschutz  
 8 garantiert auch unseren Kindern und Enkeln in einer lebenswerten Umwelt leben zu können.  
 9 Liberaler Umwelt- und Naturschutz ist daher nachhaltig und sorgt sich um den Erhalt gesunder  
 10 Lebensbedingungen für Menschen ebenso wie für Flora und Fauna. Aber: **Liberale**  
 11 **Umweltpolitik ist rational, nicht emotional.** Umweltschutz muss wissenschaftlich und  
 12 realitätsorientiert, nicht einseitig ideologisch verblindet umgesetzt werden. Liberale  
 13 Umweltpolitik erschöpft sich nicht in teurer Umweltsymbolik und Zwangsmaßnahmen zu Lasten  
 14 der Bürger und Steuerzahler, wie

- 15 - der gescheiterten Biokraftstoffverordnung zu Lasten von Millionen Autofahrern,
- 16 - überzogener Wärmedämmvorschriften, die jungen Familien das Eigenheim derart ver-  
 17 teuern, dass es nicht bezahlbar ist (z.B. durch die geplanten Verschärfungen der Energie-  
 18 Einspar-Verordnung in 2009 und 2012),
- 19 - der Förderung der Bio-Dieselerzeugung mit unüberlegten politischen Versprechen und  
 20 viel Steuergeld und dem anschließenden Ruinieren der ganzen Branche durch überzogene  
 21 Steuergesetzgebung für Bio-Reinkraftstoffe (Energiesteuergesetz),
- 22 - die nachträgliche und rückwirkende Senkung der Vergütungssätze des Energieeinspeise-  
 23 gesetzes (EEG) zu Lasten des Vertrauensschutzes der Investoren in Windkraft und  
 24 mittelständisch betriebene Biogasanlagen,
- 25 - der Duldung des Einbaus von unwirksamen Dieselpartikelfiltern wider besseres Wissen des  
 26 Bundesumweltministeriums, die durch betrügerische Firmen über ein Jahr zu Lasten und  
 27 auf Kosten vieler Autofahrer vertrieben werden konnten.

28 **Investitionen in Klima- und Immissionsschutz sind besonders sinnvoll, wo Bürger und**  
 29 **Unternehmen nicht nur einseitig belastet werden, sondern der Schutz auch einen**  
 30 **Mehrwert erbringt.** Alternative Energieerzeugung ist da sinnvoll, wo sie nicht dauerhaft

1 erheblich subventioniert werden muss. Die Forderung nach Energieeffizienz ist da angebracht,  
2 wo sie von der Mehrheit der Bürger bezahlbar ist und sich vor allem bezahlt macht.

3 Das Klima in Thüringen hat sich laut den Untersuchungen der Thüringer Landesanstalt für  
4 Umwelt und Geologie in den letzten 50 Jahren bereits kontinuierlich erwärmt. Gleichzeitig  
5 erhöhte sich im Thüringer Wald die Niederschlagsmenge um 15-20% während sie im Thüringer  
6 Becken um ca. 10-20% gesunken ist. Die Erhöhung der Niederschlagsmengen konzentriert sich  
7 auf einzelne Regionen, damit steigt dort die Hochwassergefahr.

8 Daraus ergeben sich die folgenden Forderungen:

- 9 - Die aktuelle Übertragung von Umweltaufgaben auf die Landkreise und kreisfreien Städte  
10 darf den Hochwasserschutz für die Bürger des Landes nicht beeinträchtigen. Die für den  
11 Hochwasserschutz und Gefahrenabwehr notwendigen Verwaltungseinrichtungen und  
12 finanziellen Mittel sind bereitzustellen.
- 13 - Maßnahmen zur Gewässerrenaturierung/Gewässerentwicklung sind immer auch unter  
14 den Gesichtspunkten eines zu verbessernden Hochwasserschutzes zu betrachten.
- 15 - Es bedarf verstärkter Anstrengungen zur Erhaltung, Reaktivierung bzw. Neuschaffung  
16 von Rückhalteräumen in den Hochwasserentstehungsgebieten des Thüringer Waldes, des  
17 Schiefergebirges und des Süd-Harzes. Das Volumen der tatsächlichen Retentionsräume in  
18 den Hochwasserabflussgebieten des Thüringer Beckens ist zu erhöhen.

19 Kommunalen Hochwasserschutz soll vor allem durch Kombination von Abflussvermeidung  
20 (Entsiegelung, intelligente Regenwasserbewirtschaftung, Gewinnung und Schutz natürlicher  
21 Retentionsflächen, Gewässerrenaturierung) mit weiterem Ausbau von  
22 Hochwasserschutzmaßnahmen fortgeschrieben werden.

23 Dabei ist zugleich Augenmaß zu wahren. **Im Einzelfall hat eine vernünftige Abwägung mit**  
24 **den berechtigten Interessen der Menschen insbesondere in traditionellen**  
25 **Siedlungsräumen zu erfolgen.**

26 Angesichts der Klimaveränderungen bedarf es eines integrativen Ansatzes der Landespolitik, um  
27 den Klimaschutz zu verbessern. Neben den Maßnahmen in der Forst- und Landwirtschaft gilt es  
28 u.a. das Aufkommen an Treibhausgasen weiter zu vermindern. Dies muss allerdings mit dem  
29 notwendigen Maß an **Vorüberlegungen und Prüfungen** geschehen und darf nicht zu mehr  
30 Bürokratie und kontraproduktiven Ergebnissen führen.

31 In Thüringen muss alternative und CO<sub>2</sub>-sparende Technik zur Energieerzeugung durch  
32 Windkraft, Wasserkraft, Sonnenenergienutzung, Erdwärme und Wärmetauscher weiter verbessert

1 und parallel dazu sämtliche sinnvollen Möglichkeiten zur Energieeinsparung und zum Ersatz von  
2 fossilen Brennstoffen genutzt werden. Für die Beurteilung der Nachhaltigkeit solcher Techniken  
3 und Methoden ist dabei immer auch die Beachtung der Gesamtenergiebilanz, der Grad an  
4 Umweltbelastung der damit verbunden ist und nicht zuletzt die Ersatz- und Entsorgungsfrage  
5 nach dem Ende der Nutzungsdauer erheblich.

6 **Energieeffizienz ist die wichtigste Klimaschutz-Technologie.** Die Potenziale liegen vor  
7 allem in der richtigen Wärmedämmung von Gebäuden und bei der Modernisierung der  
8 Heizanlagen, beim Kraftstoffverbrauch von Automobilen und bei Haushaltsgeräten. **Statt**  
9 **dirigistischer Verbote und Vorschriften ist marktwirtschaftlichen Instrumenten und**  
10 **bessere Verbraucherinformation klar der Vorzug zu geben.**

11 Die Potenziale der erneuerbaren Energien sind vor allem bei Wärme und Verkehr noch längst  
12 nicht ausgeschöpft. Zudem muss die Stärke gerade Thüringens auf dem Gebiet der Solarindustrie  
13 für den Klimaschutz eingesetzt werden.

14 Zur Unterstützung der Familien mit Kindern und als umweltpolitischer Anreiz spricht sich die  
15 FDP Thüringen auch für die Einführung eines ökologischen Baukindergeldes für  
16 energiesparende Bauweise neuer oder die Nachrüstung bestehender Gebäude unter dem  
17 Gesichtspunkt des Energiesparens im Sinne der Energieeinsparverordnung aus.

18 Die Thüringer Liberalen setzen sich, angesichts der stetig wachsenden Zahl von  
19 Müllverbrennungsanlagen bzw. Anlagen zur Gewinnung von Energie aus der thermischen  
20 Verwertung von Abfällen für eine länderübergreifende Koordinierung der Raumordnungs- und  
21 Flächennutzungsplanung sowie einer deutlichen Intensivierung der Prüfungen im Rahmen der  
22 notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) ein.

23 Die Sanierung und Belebung der Innenstädte und Ortskerne hat für die FDP klaren Vorrang vor  
24 der weiteren **Zersiedlung** von Grünräumen. Bauen auf der grünen Wiese soll künftig nur noch  
25 die Ausnahme sein, wenn anders eine angemessene bauliche und wirtschaftliche Entwicklung der  
26 jeweiligen Gemeinde nicht sichergestellt werden kann.

27 Der **Schutz des Landschaftsbildes** ist auf Grund der zunehmenden Inanspruchnahme der  
28 offenen Landschaft durch großtechnische Einrichtungen wie Hochspannungsleitungen,  
29 Windkraftanlagen und Sendemasten zu stärken, um den Charakter der Thüringer Landschaften  
30 nicht unnötig zu verunstalten.

31 Die Wahrnehmung des **Naturschutzes** leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der  
32 landschaftlichen und biologischen Vielfalt und Schönheit unseres Landes. Das vorhandene Netz  
33 an Flächen die dem vielfach abgestuften Schutzmechanismen des Naturschutzrechtes unterliegen

1 ist im Hinblick auf seine Dauerhaftigkeit zu pflegen und zu entwickeln. Ein zuviel an  
2 konservatorischem Naturschutz zu Lasten anderer Nutzungsformen von Natur und Landschaft  
3 lehnen die Liberalen jedoch ab.

4 Obgleich nach dem Ende der sozialistischen Diktatur in Thüringen die Qualität der Thüringer  
5 Gewässer spürbar verbessert werden konnte, wird noch immer vielerorts unzureichend  
6 gereinigtes Abwasser aus teils veralteten und schlecht gewarteten mechanischen und  
7 teilbiologischen Klein-„Kläranlagen“ über in mühevoller Eigeninitiative verlegte aber inzwischen  
8 marode, undichte Kanäle in die Thüringer Gewässer eingeleitet. Die FDP fordert zielstrebig vor  
9 allem die Mittel aus der Abwasserabgabe entsprechend den Bestimmungen des  
10 Abwasserabgabengesetzes dafür einzusetzen, dass die dringend nötigen Investitionen für die  
11 zeitgemäße **kommunale Abwasserbehandlung** sowie die Sanierung von Kanalisationen voran  
12 getrieben werden.

### 13 **Kaliindustrie**

14 Am 4.2.2009 haben die hessische Kali und Salz AG sowie die CDU-Landesregierungen von  
15 Hessen und Thüringen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen Gesamtrahmen für  
16 eine nachhaltige Kaliproduktion in Hessen und Thüringen geschlossen. Den zuvor einberufenen  
17 Runden Tisch mit Bürgern aller langjährig beteiligten Bürgerinitiativen und Bürgermeistern der  
18 Region zur Umweltproblematik durch die Fördermethoden der Kali+Salz AG ließ man dabei  
19 außen vor. Gezielt wurden alle getäuscht, die bis dahin trotz Protesten und erheblichen  
20 Umweltbelastungen durch K+S seit vielen Jahren noch guten Willens waren. Ihre Anliegen  
21 blieben ohne Beachtung, der „Runde Tisch“ entpuppte sich als Täuschungsmanöver beider  
22 Landesregierungen in Absprache mit dem Großkonzern. Kali+Salz hat schon beim  
23 klammheimlichen Ausverkauf der Mitteldeutschen Gruben nach der Wende gezeigt, was der  
24 Konzern unter Bürgernähe versteht.

25 K+S hat sich in diesem Vertrag verpflichtet eine Gesamtstrategie zur Verminderung der  
26 Umweltbelastungen sowie ein integriertes Maßnahmenkonzept zu entwickeln um langfristig  
27 Planungs- und Investitionssicherheit zu erlangen. Konkrete Ziele und Endzustände künftiger  
28 Umweltbelastungen werden nicht genannt. Es bleibt abzuwarten, in wie weit dieses Konzept  
29 tatsächlich die Bezeichnung „Gesamt“-Konzept verdient und welche konkreten Maßnahmen es  
30 umfassen wird. Die Thüringer Liberalen werden auf zeitnahe und rechtskonforme Lösungen,  
31 insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen der Wasser-Rahmen-Richtlinie fordern.

## 1 9 Staat, Verwaltung und Justiz

### 2 9.1 Thüringengerechte Innenpolitik

#### 3 Sicherheit in Freiheit – Überbietungswettbewerb beenden

4 Sicherheit in Freiheit ist die liberale Grundüberzeugung für eine konsequente Innen- und  
5 Rechtspolitik. Das notwendige Vorgehen des Staates gegen Kriminalität und Terrorismus muss  
6 sich immer an den Grund- und Freiheitsrechten messen lassen. Eine Sicherheitspolitik zu Lasten  
7 der Freiheit stärkt das Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Bürger dürfen nicht  
8 unter Pauschalverdacht gestellt werden. **Die Innenpolitik auf Bundes- und Landesebene hat**  
9 **diese Grundsätze in den letzten Jahren immer wieder verletzt.** Die Ängste der Bürgerinnen  
10 und Bürger vor Kriminalität und Terrorismus werden häufig instrumentalisiert. Dies führte zu  
11 einem beispiellosen Gesetzgebungsaktionismus, der sogar in unverhältnismäßigen und häufig  
12 verfassungswidrigen Eingriffen in die Grundrechte der Bürger gipfelte. Der Rechtsstaat hat die  
13 selbstverständliche Pflicht, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Für die FDP bedeutet dies vor  
14 allem, bestehende Gesetze konsequent anzuwenden und Sicherheitsbehörden angemessen  
15 auszustatten.

16 Es muss endlich wieder der Grundsatz gelten, dass polizeiliche Maßnahmen an konkrete  
17 Verdachtsmomente anknüpfen, wie es der klassischen Tradition des Polizeirechts unter Geltung  
18 des Grundgesetzes entspricht. Abstrakte Verdachtslagen rechtfertigen keine Eingriffe in die  
19 Bürgerrechte.

20 **Die FDP Thüringen kritisiert massiv, dass die Bundesregierung mit Zustimmung der**  
21 **Thüringer Landesregierung im Bundesrat verfassungswidrige Gesetze erließ.**  
22 **Mittlerweile muss das Bundesverfassungsgericht Bürgerrechte verteidigen.** Dies war u.a.  
23 bei den Entscheidungen zur präventiven Telefonüberwachung, der Rasterfahndung, dem  
24 Lauschangriff, der heimlichen Online-Razzia privater PC oder beim KFZ-Scanning der Fall.

25 Die FDP fordert daher eine umfassende Evaluierung aller Sicherheitsgesetze sowie eine  
26 Korrektur von unverhältnismäßigen Einschränkungen von Bürgerrechten.

#### 27 Polizei unterstützen

28 Thüringen braucht eine handlungsfähige Polizei. Wir brauchen eine Polizei, die dem  
29 Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und der Gefährdungslage **angemessen** entspricht.  
30 **Polizisten hinter Schreibmaschinen und Blitzgeräten festzuhalten, weil ausufernde**

1 **Bürokratie bearbeitet und leere Kassen gefüllt werden müssen, halten wir für falsch.** Wir  
2 wollen eine bürgerfreundliche aber selbstbewusste Polizei.

3 Dazu gehört, dass sich die Polizei auf Kernaufgaben konzentriert und nicht stets mit neuen  
4 Aufgaben belastet wird:

5 - **Wir sind für die Ausschöpfung bestehender Gesetze.** Der Überbietungswettbewerb  
6 bei der Verschärfung von Gesetzen hilft nicht, wenn schon bereits die derzeitige  
7 Rechtslage nicht ausgeschöpft werden kann.

8 - Mehr Polizei auf der Straße: Die Thüringer FDP wird die Reformierung der  
9 Polizeistruktur mit dem Ziel prüfen, Polizeiverwaltung zu zentralisieren und  
10 Polizeipräsenz und –aufklärung zu dezentralisieren.

11 - Überlegungen zu grundsätzlicher Videoüberwachung lehnen wir ab. Wir erkennen aber  
12 auch, dass Ausnahmen an bestimmten öffentlichen Gefährdungsräumen bestehen  
13 können. Hier ist der jeweilige konkrete Fall zu prüfen.

14 - Einführung des Digitalfunks zur Verbesserung der Zusammenarbeit der  
15 Polizeidienststellen untereinander und mit ausländischen Dienststellen.

## 16 **Extremismus bekämpfen**

17 Die FDP ist grundsätzlich die Partei der Toleranz auch gegenüber Andersdenkenden.  
18 Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das in der Aufklärung gegen Ständestaat und Kirche  
19 erkämpft wurde und weder durch staatliche Gleichschaltung und Gesinnungspolizei verboten  
20 noch durch private Intoleranz rechtsstaatswidrig bekämpft werden darf. **Die FDP Thüringen**  
21 **ist deshalb für Klarheit** und Augenmaß, aber auch für Zurückhaltung bei der Abgrenzung von  
22 Meinungsfreiheit zu verfassungsfeindlicher Agitation.

23 1. Erst wenn die geäußerte Meinung bestehende Strafgesetze oder rechtskräftige  
24 Unterlassungsansprüche verletzt oder öffentlich zum Kampf gegen die  
25 verfassungsmäßige Ordnung aufruft, ist die Toleranzgrenze überschritten und ein  
26 angemessenes Eingreifen des Staates erforderlich, aber auch zwingend geboten.

27 2. Das Recht zu Gegendemonstration rechtfertigt grundsätzlich nicht privates gewaltsames  
28 Einschreiten gegen eine genehmigte Demonstration, schon gar nicht gegen  
29 Polizeibeamte. Widerstand gegen den Staat ist nur dort gerechtfertigt, wo der Staat gegen  
30 die verfassungsmäßige Ordnung verstößt. Widerstand gegen Private ist nur dort  
31 gerechtfertigt, wo der Staat die notwendige Hilfe verweigert oder nicht präsent ist.

1 3. Vor diesem Hintergrund sind die Aktivitäten von Links- und Rechtsextremisten, aber  
2 auch anderer gewaltbereiter Gruppen von Autonomen, Spontis, Fußballrowdys,  
3 Skinheads, Kameradschaften, gewaltbereiter Demonstranten jeder Couleur zu bewerten.

4 4. Soweit Gewalt staatlicherseits unterbunden werden muss, ist hierbei mit Nulltoleranz  
5 gegen gewaltbereite Störer vorzugehen.

6 **Die FDP ist die einzige Partei der Mitte.** Die FDP Thüringen wendet sich ganz entschieden  
7 dagegen, dass Rechts- oder Linksextremisten sich verharmlosend als Rechte oder Linke  
8 bezeichnen. Noch gefährlicher wird diese Begriffsverschiebung extremistischen Gedankenguts,  
9 wenn sie von den Demokraten selbst übernommen wird und bereits der Begriff Links oder  
10 Rechts als verfassungsfeindlich stigmatisiert wird. **Damit wird ein Boden geistiger Intoleranz**  
11 **bereitet.**

12 Die FDP mahnt zur Gemeinsamkeit aller Demokraten gegen die Feinde der Demokratie, d.h.  
13 gegen Links- und Rechtsextremisten. Zum wehrhaften Staat gehört auch Wachsamkeit und  
14 Objektivität.

15 Die FDP Thüringens schaut genau hin, wo politisch motivierte Gewalttaten verübt werden.  
16 Dabei weiß sie aber auch zu trennen zwischen rein kriminellen Handlungen und politisch  
17 motivierten Straftaten.

18 Die FDP Thüringen **lehnt eine Verschärfung des Versammlungsrechts ab.** Meinungs- und  
19 Demonstrationsfreiheit sind die Grundsäulen unserer demokratischen Grundordnung. Seine  
20 Meinung unabhängig vom Inhalt kundzutun, bedeutet in unserer gefestigten Demokratie keine  
21 Gefahr für deren Bestand. Die Beschränkung von Grundrechten in einer Demokratie wäre nichts  
22 anderes als Zensur und liefe somit dem eigenen Selbstverständnis zuwider. Das Problem rechter  
23 Aufmärsche lässt sich damit nicht lösen. Der Kampf mit Argumenten und die konsequente  
24 Anwendung des gegenwärtigen Rechts sind adäquatere Maßnahmen gegen rechtsextremistisches  
25 Gedankengut und dessen Propaganda.

## 26 **9.2 Thüringengerechte Verwaltung**

27 Thüringen braucht weniger Bürokratie und mehr Freiheit. **Wir werden die Aufgaben kritisch**  
28 **prüfen und nicht benötigte Gesetze, Verordnungen und Erlasse außer Kraft setzen.** Damit  
29 wir uns in Thüringen auch in Zukunft eine bezahlbare Verwaltung und öffentliche Investitionen  
30 leisten können, müssen wir die Kostentreiber unter den Gesetzen und Vorschriften ausfindig  
31 machen. Die FDP Thüringen wird unverzüglich mit der Identifizierung von solchen  
32 Kostentreibern innerhalb der Verwaltung beginnen. Wir werden die Bürokratiekosten  
33 identifizieren und deren Reduzierung betreiben.

1 Ziel muss es in diesem Zusammenhang ebenfalls sein, **über Länderkooperationen**  
2 **gemeinsame Aufgaben auch gemeinsam zu lösen**. Wer ein Land regieren will, muss sich das  
3 auch leisten können. Und wer sich das nicht leisten kann, muss sich mit anderen zusammentun,  
4 damit man gemeinsam kosteneffizienter wird. Die FDP steht seit langem für eine intensive  
5 Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Wir stehen auch für eine vorurteilsfreie Diskussion  
6 um eine Länderfusion im Interesse der Region Thüringen.

7 Die jahrelange Abwanderung und die düsteren Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung stellen  
8 insbesondere die Landkreise vor große Herausforderungen. Bis zum Jahr 2020 wird Thüringen  
9 im Saldo Einwohner verlieren, deren Zahl die Gesamtbevölkerung des heutigen  
10 Kyffhäuserkreises entspricht. Durch z.T. drastisch schwindende Wirtschaftskraft steht die  
11 Finanzierbarkeit des öffentlichen Lebens in vielen Landkreisen auf dem Spiel. Wir werden  
12 intensiv prüfen, welche Reformmaßnahmen gerade in Sachen Kommunalverwaltung und  
13 kommunale Aufgabenbewältigung seitens der Landesregierung dieser Entwicklung  
14 entgegenwirken.

### 15 ***9.3 Effektiver Rechtsschutz durch eine starke und unabhängige Justiz***

16 Die Gewährung effektiven Rechtsschutzes durch eine unabhängige Justiz garantiert den  
17 Rechtsstaat und ist entscheidende Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in einer  
18 Gesellschaft. Sie sichert den verlässlichen Rahmen für Investitionen und andere wirtschaftliche  
19 Betätigungen. **Die FDP ist die Partei des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.**

20 Rechtssicherheit bedeutet allerdings auch **handlungsfähige Gerichte**. Fehlendes Personal führt  
21 oftmals zu langwierigen Prozessen. Der Prozessbeginn – in fast allen Gerichtsbarkeiten – liegt  
22 oftmals Monate nach dem Prozessgrund. In der dazwischen liegenden Phase herrscht oftmals  
23 Unsicherheit bei den Prozessbeteiligten. Bei Straftaten folgt oftmals eben nicht "die Strafe auf  
24 dem Fuße". Bei Arbeitsrechtsstreitigkeiten sind Arbeitnehmer wie Arbeitgeber benachteiligt,  
25 gleiches gilt bei Verwaltungsprozessen für die Rechtssicherheit des Bürgers und der Verwaltung.  
26 Dabei zeigen Prozesse z.B. in Nachbarländern, dass sehr kurze Verfahren möglich sind und bei  
27 schnell gefällten Urteilen Kläger wie Beklagte nicht benachteiligt werden.

28 In diesem Zusammenhang sind wir für eine Stärkung der außergerichtlichen Streitbeilegung,  
29 insbesondere durch anwaltliche Mediation und Entlastung der freiwilligen Gerichtsbarkeit.  
30 Insbesondere sind die Kostenersparnisse und Synergieeffekte durch Übernahme von  
31 Grundbuchaufgaben und des Scheidungsfolgenrechts durch die bestehenden Notariate zu  
32 prüfen.

1 Die FDP Thüringen will eine **Reform des Gerichtsvollzieherwesens**, denn für Bürger und  
2 Unternehmen ist die Ziviljustiz nur dann effektiv, wenn titulierte Forderungen auch schnell und  
3 unbürokratisch durchgesetzt werden können. Wir wollen eine verbesserte Personalausstattung  
4 der Justiz, eine transparente Personalplanung und mehr Ausbildungs- und  
5 Qualifizierungsmaßnahmen für Richter. Wir wollen mehr Fachpersonal zur wirksamen  
6 Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

7 Wir sind ferner für eine **Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten**, insbesondere  
8 Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die Ordentliche Gerichtsbarkeit und  
9 Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, vorangehende Angleichung der  
10 Prozessordnungen.

11 In Thüringen gibt es eine große Zahl von Zwangsversteigerungen. Dabei werden zum Teil  
12 lächerlich geringe Erlöse erzielt. Dies ist gleichermaßen zum Schaden von Schuldnern wie  
13 Gläubigern. Informationen über Versteigerungsobjekte sind nur schwer und umständlich zu  
14 erhalten, die öffentlichen Bekanntmachungen beschränken sich auf das formal notwendige Maß.  
15 Mit einem **zentralen Versteigerungsgericht** können die Verfahren transparent gemacht und die  
16 Verfahren abgekürzt werden.

17 Die FDP Thüringen setzt sich für unbürokratische Hilfe für Menschen ein, die Opfer von  
18 Straftaten geworden sind. Die Opfer dürfen nicht mit den Folgen der Straftat allein gelassen  
19 werden. Wir wollen eine verbesserte Information über die bestehenden Gesetze durch  
20 Fortbildung von Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern.